

Emissionsbedingungen

Schuldverschreibung/Anleihe Oura Bond

Angebotskennung: 7245004TQQPAFPS6G78200010284

ISIN: DE000A4AU3F8

1. Nennbetrag, Verbriefung, Übertragung, weitere Anleihen

- 1.1 Die Cometum Direct Invest II GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Lärchenstraße 4, 82166 Gräfelfing (der „**Projekträger**“) begibt bis zu 20.000 Stück auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen im Nennbetrag von jeweils EUR 250,00 (der „**Nennbetrag**“) des Oura Bonds (die „**Schuldverschreibungen**“) im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 5.000.000 (der „**Gesamtnennbetrag**“).
- 1.2 Die Schuldverschreibungen werden für ihre gesamte Laufzeit durch Bewirkung der Eintragung in ein elektronisches Wertpapierregister („**E-Wertpapierregister**“) in der Form eines Kryptowertpapierregisters im Sinne des § 4 Absatz 1 Nr. 2 des Gesetzes über elektronische Wertpapiere („**eWpG**“) als elektronische Wertpapiere („**E-Wertpapier/e**“) im Sinne des § 2 Absatz 1 eWpG begeben. Der Projekträger benennt die Smart Registry GmbH, Uhlandstr. 32, 10719 Berlin, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg (Berlin) unter der Registernummer HRB 234468 B als registerführende Stelle im Sinne des § 16 Absatz 2 Satz 1 eWpG („**Registerführende Stelle**“). Der Projekträger behält sich für die gesamte Laufzeit der Schuldverschreibungen ausdrücklich einen Wechsel der registerführenden Stelle ohne Zustimmung der Anleger (die „**Anleihegläubiger**“) gemäß § 16 Absatz 2 Satz 3 eWpG vor.
- 1.3 Die Verwahrung der Schuldverschreibungen übernimmt jeder Anleihegläubiger in einem digitalen Schließfach selbst. Die entsprechende Verwahrungsdienstleistungen werden von der Tangany GmbH, Brienner Str. 53, 80333 München, Deutschland, kostenlos erbracht. „**Digitales Schließfach**“ ist eine IT-Anwendung, die verwendet wird, um Public Keys und Private Keys zu speichern und mit der Technologie zu interagieren, deren Funktionalitäten es ermöglichen, E-Wertpapiere zu halten und zu übertragen.
- 1.4 Die Eintragung in das Kryptowertpapierregister erfolgt im Wege der Einzeleintragung gemäß § 8 Absatz 1 Nr. 2 eWpG. Ein Anspruch der Anleihegläubiger auf Ausreichung einzelner Urkunden sowie ein Anspruch auf Umwandlung von Einzeleintragungen in eine Sammeleintragung sind ausdrücklich ausgeschlossen. Auf die Schuldverschreibungen finden die Regelungen des eWpG in der jeweils gültigen Fassung Anwendung.
- 1.5 Jeder Anleihegläubiger, der seine Schuldverschreibungen an einen Dritten übertragen möchte, muss dies **Oneplanetcrowd International B.V.**, eingetragen bei der niederländischen Handelskammer unter der Nummer 61093904 („**OPC**“) im November eines jeden Jahres, erstmals zulässig im Jahr 2027, mitteilen. Die Frist bis zur ersten Handelbarkeit kann mit schriftlicher Zustimmung seitens OPC verlängert werden. Die Anleihegläubiger werden über eine solche Entscheidung informiert. Im Falle einer Übertragung muss der jeweils übertragende Anleger bzw. Anleihegläubiger nachweisen, dass die Übertragung nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften stattgefunden hat. Der Preis wird in gegenseitigem Einvernehmen

zwischen dem übertragenden und dem übernehmenden Anleihegläubiger festgelegt. Die Schuldverschreibungen können nur an zukünftige Anleihegläubiger übertragen werden, die ihren Sitz oder Wohnsitz in einem EU-Mitgliedsstaat haben. Zukünftige Anleihegläubiger, die die Schuldverschreibungen durch Übertragung erwerben, haben dem Projektträger ihre Bankverbindung mitzuteilen und auf der Plattform der Abwicklungspartnerin ein Anlegerkonto zu eröffnen, um Zahlungen und Informationen hinsichtlich der Zahlungsüberwachung durch die Abwicklungspartnerin erhalten zu können. Zu diesem Zweck müssen sich zukünftige Anleihegläubiger durch die Abwicklungspartnerin identifizieren lassen, soweit nicht anderweitig eine Identifizierung durch Dritte stattgefunden hat und der Abwicklungspartnerin oder dem Projektträger die erforderlichen Angaben bekannt sind. Können zukünftige Anleihegläubiger nicht identifiziert werden, sind Zahlungsansprüche gegenüber dem Projektträger – unabhängig von der Kenntnis des jeweiligen zukünftigen Anleihegläubigers – spätestens fünf Jahre nach dem jeweiligen Fälligkeitstag nicht mehr durchsetzbar, wenn nicht zuvor bereits die Ansprüche nach den gesetzlichen Regelungen verjährt sind.

Im Übrigen gilt im Falle der Übertragung Folgendes:

- a) Die Übertragung der Schuldverschreibungen erfolgt auf Weisung des jeweiligen übertragenden Anleihegläubigers, den Empfänger als neuen Anleihegläubiger und somit als Inhaber in das E-Wertpapierregister mit seiner Kennung einzutragen. Als Kennung dient der Public Key („**Öffentlicher Schlüssel**“) des Digitalen Schließfachs des Anleihegläubigers. Für eine Eintragung in das E-Wertpapierregister ist der zukünftige Anleihegläubiger gemäß diesen Emissionsbedingungen durch den Projektträger in geeigneter Form zu identifizieren.
- b) Der Projektträger und die Registerführende Stelle sind berechtigt, Übertragungen von Schuldverschreibungen technisch dahingehend zu beschränken, dass Übertragungen nur an bei dem Projektträger bzw. der Registerführenden Stelle registrierte Digitale Schließfächer möglich sind (so genanntes Whitelisting). Aus diesem Grund hat der jeweilige übertragende Anleihegläubiger als aktueller Inhaber vor einer Übertragung den Projektträger und die Registerführende Stelle über die beabsichtigte Übertragung zu informieren.
- c) Eine Übertragung der Schuldverschreibungen außerhalb des E-Wertpapierregisters ist nicht zulässig.
- d) Eine Übertragung von Schuldverschreibungen ist nur nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften zulässig. Die Schuldverschreibungen dürfen nicht an Staatsbürger der Vereinigten Staaten übertragen werden oder Personen, die in den USA steuerpflichtig sind. Die Schuldverschreibungen dürfen auch nicht an Personen solcher Länder übertragen werden, die auf der aktuellen Länderliste der Hochrisiko- und anderen überwachten Rechtsordnungen der Financial Action Task Force (FATF) geführt werden.
- e) Der Projektträger und die Registerführende Stelle sind berechtigt, die Übertragung technisch zu blockieren („Freezing“), wenn hierfür berechtigte Gründe bestehen (z.B. eine

Identifizierung des Übertragenden oder Erwerbers nicht möglich ist oder der Verdacht von Straftaten bzw. anderweitigen Gesetzesverstößen besteht). Der Projektträger bzw. die Registerführende Stelle wird das Freezing unmittelbar beenden, sobald die Gründe nicht mehr bestehen bzw. der Verdacht ausgeräumt ist.

- 1.6 Die Schuldverschreibungen gewähren keine Mitgliedschaftsrechte, insbesondere keine Teilnahme-, Mitwirkungs- und Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung des Projektträgers. Mit dem Erwerb der Schuldverschreibungen ist weder von dem Projektträger noch von dem Anleihegläubiger der Abschluss einer stillen Beteiligung im Sinne der §§ 230 ff. HGB beabsichtigt. Die Schuldverschreibungen sind nicht an einem Verlust und nicht an einem Liquidationserlös des Projektträgers beteiligt.
- 1.7 Der Projektträger behält sich vor, jederzeit ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden, eine einheitliche Emission mit ihnen bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Schuldverschreibungen“ umfasst im Falle einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen. Die Begebung weiterer Schuldverschreibungen, die mit den Schuldverschreibungen keine Einheit bilden und die über andere Ausstattungsmerkmale (z. B. in Bezug auf Verzinsung, Gewinnanteil oder Stückelung) verfügen, oder die Begebung von anderen Schuld- und/oder Finanzierungstiteln bleibt dem Projektträger unbenommen.

2. Status, Rangrücktritt und vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre

- 2.1 **Die Schuldverschreibungen begründen unmittelbare, qualifiziert nachrangige sowie unbesicherte Verbindlichkeiten des Projektträgers, die eine zeitlich unbegrenzte vorinsolvenzrechtliche Durchsetzungssperre enthalten und untereinander gleichrangig sind.**
- 2.2 **Der Anleihegläubiger tritt in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen des Projektträgers sowie im Falle der Liquidation des Projektträgers hiermit gemäß §§ 19 Abs. 2 Satz 2, 39 Abs. 2 InsO mit seinen Ansprüchen auf Zahlung des variablen Gewinnanteils sowie auf Rückzahlung der Schuldverschreibungen (zusammen „Zahlungsansprüche des Anleihegläubigers“) im Rang hinter die Forderungen im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 InsO zurück.**
- 2.3 **Außerhalb eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Projektträgers sowie außerhalb einer Liquidation des Projektträgers sind Zahlungen auf die Zahlungsansprüche des Anleihegläubigers solange und soweit ausgeschlossen, wie**
 - a. **die Zahlungen zu**
 - i. **einer Überschuldung des Projektträgers im Sinne des § 19 InsO oder**
 - ii. **einer Zahlungsunfähigkeit des Projektträgers im Sinne des § 17 InsO führen (Solvenzvorbehalt).**
 - b. **bei dem Projektträger eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO oder eine Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 InsO besteht**

(„vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre“). Dies gilt auch für den Fall, dass Zahlungsansprüche des Anleihegläubigers für sich genommen keine Überschuldung im

Sinne von § 19 InsO und keine Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 InsO begründen, aber die Summe aller Ansprüche gegen den Projektträger eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO oder eine Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 InsO begründen würde.

- 2.4 Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre sowie der vereinbarte Rangrücktritt kann zu einer dauerhaften Nichterfüllung der Zahlungsansprüche des Anleihegläubigers aus den Schuldverschreibungen führen. Die Anleihegläubiger sind gegebenenfalls zeitlich unbegrenzt an der Geltendmachung ihrer Ansprüche gehindert, was einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals bedeutet.
- 2.5 Die Anleihegläubiger tragen ein unternehmerisches Verlustrisiko, ohne dass diesen zugleich Informations- und Mitwirkungsrechte eingeräumt werden, die diesen einen Einfluss auf verlustbringende Geschäftstätigkeiten ermöglichen würden. Die Anleihegläubiger tragen ein unternehmerisches Geschäftsrisiko, das über das ohnehin bestehende allgemeine Insolvenzausfallrisiko hinausgeht. Im Falle einer Zahlung des Projektträgers, die gegen ein Zahlungsverbot verstößt, ist der Projektträger berechtigt, vom Zahlungsempfänger die Rückzahlung des erhaltenen Betrags zu verlangen und gerichtlich geltend zu machen.
- 2.6 Der Anleihegläubiger erklärt durch die vorstehenden Regelungen der Ziff. 2.2 bis Ziff. 2.5 keinen Verzicht auf seine Ansprüche aus den Schuldverschreibungen.

3. Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden nicht laufend verzinst.

4. Laufzeit, Rückzahlung, variabler Gewinnanteil, Rückerwerb

- 4.1 Die Laufzeit der Schuldverschreibungen beginnt am 01.07.2026 und endet mit Ablauf des 02.07.2029. Der Projektträger ist einseitig berechtigt, die Laufzeit bis zu zwei Mal um jeweils 12 Monate bis längstens zum 02.07.2031 zu verlängern. Die Verlängerung wird in geeigneter Weise mit einer Frist von mindestens einem Monat vor dem Ende der jeweiligen Laufzeit bekannt gemacht.
- 4.2 Die Schuldverschreibungen werden vorbehaltlich der Ziff. 2.2 und Ziff. 2.3 innerhalb eines Monats nach dem Ende der Laufzeit zum Nennbetrag zzgl. des Veräußerungsgewinns an den Anleihegläubiger zurückgezahlt (der „**Gewinnanteil**“).

„**Veräußerungsgewinn**“ ist der dem Projektträger zugeflossene Erlös infolge einer Beendigung der Beteiligung abzüglich a) der Erwerbskosten für den Erwerb der Beteiligung inklusive aller Erwerbsnebenkosten sowie b) aller bei dem Projektträger anfallenden Kosten, Gebühren, Steuern und Abgaben sowie sonstigen Abzügen anlässlich der Beendigung der Beteiligung

„**Beteiligung**“ ist eine direkte oder indirekte Aktienbeteiligung an der Oura Health Oy Elektriikkatie 10, 90590 Oulu, Finnland („**Oura**“). Die Beteiligung kann unmittelbar von dem Projektträger erworben werden und/oder mittelbar von einer oder mehreren Beteiligungsgesellschaft(en), an denen der Projektträger beteiligt ist.

„**Beendigung der Beteiligung**“ ist die Veräußerung der Beteiligung durch den Projektträger oder eine Beteiligungsgesellschaft.

- 4.3 Der variable Gewinnanteil wird an den Anleihegläubiger anteilig im Verhältnis des ausstehenden Nennbetrages des Anleihegläubigers zum ausstehenden Nennbetrag aller Anleihegläubiger ausgezahlt. Die Höhe des variablen Gewinnanteils wird von dem Projektträger berechnet.
- 4.4 Der Projektträger ist jederzeit berechtigt, Schuldverschreibungen zu erwerben, zu halten und zu veräußern.

5. Zahlstelle, Zahlungen, Hinterlegung

- 5.1 Als Zahlstelle über welche die Zahlungen der Anleihegläubiger mit schuldbefreiender Wirkung erfolgen, sowie für die Rückzahlung und die Zahlung eines etwaigen Gewinnanteils, fungieren ausschließlich in der Europäischen Union zugelassene Zahlungsdienstleister ("**Zahlstelle**" oder "**Zahlungsdienstleister**").
- 5.2 Der Projektträger verpflichtet sich, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit in Euro zu zahlen. Sollte es durch etwaige Sondertilgungen seitens des Projektträgers zu kleineren Zahlungsbeträgen als vorgesehen für die Anleihegläubiger kommen, so werden die Anleihegläubiger darauf hingewiesen, dass dies zu Rundungsdifferenzen zu Gunsten oder zu Lasten der Anleihegläubiger führen kann, wobei die Auszahlung von Beträgen, die weniger als 1 Cent betragen, nicht erfolgt.
- 5.3 Die Rückzahlung der Schuldverschreibungen und die Zahlung eines etwaigen Gewinnanteils erfolgt derart, dass der Projektträger gegenüber dem jeweiligen Anleihegläubiger leistet, wobei die von dem Projektträger geschuldete Zahlung über das bei dem Zahlungsdienstleister seitens des Projektträgers geführte Treuhandkonto, auf das der Projektträger die zahlbaren Beträge zu überweisen hat, erfolgt. Von dem Treuhandkonto werden eingegangene Zahlungen von dem Zahlungsdienstleister anteilig an die Anleihegläubiger - entsprechend der Höhe der dem Anleihegläubiger gegenüber dem Projektträger zustehenden Ansprüche auf Rückzahlung und Zahlung eines etwaigen Gewinnanteils - weitergeleitet. Zur Weiterleitung der von dem Projektträger geleisteten Zahlungen durch den Zahlungsdienstleister an den jeweiligen Anleihegläubiger werden 10 Kalendertage benötigt. Für den vorbenannten Zeitraum von 10 Kalendertagen fallen keine Zinsen an.
- 5.4 Sollte die Weiterleitung der Rückzahlung der Schuldverschreibungen und der Zahlung eines etwaigen Gewinnanteils auf das vom Anleihegläubiger hinterlegte Rückzahlungskonto nicht bzw. nicht mehr möglich sein (z.B. aufgrund falscher oder nicht mehr aktueller Daten), wird der Anleihegläubiger seitens der Abwicklungspartnerin zwecks Berichtigung der Daten innerhalb von 80 Kalendertagen – gerechnet ab dem Fälligkeitszeitpunkt der Zahlungen – mindestens zweimal per E-Mail und/oder per Anruf kontaktiert. Sollte nach Ablauf der vorgenannten Frist von 80 Kalendertagen – unter Gewährung einer angemessenen Rückmeldefrist innerhalb der 80 Kalendertage - keine Rückmeldung seitens des Anleihegläubigers erfolgen, wird der Zahlungsdienstleister den entsprechenden Rückzahlungsbetrag einschließlich eines etwaigen Gewinnanteils an den Projektträger zurücküberweisen.
- 5.5 Der Projektträger ist berechtigt, alle auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge, auf die Anleihegläubiger innerhalb von zwölf Monaten nach Fälligkeit keinen Anspruch erhoben haben, bei dem Amtsgericht am Sitz des Projektträgers zu hinterlegen. Soweit der Projektträger auf das Recht zur Rücknahme der hinterlegten Beträge verzichtet, erlöschen die betreffenden Ansprüche

der Anleihegläubiger gegen den Projektträger. Der Anleihegläubiger muss dann seine Ansprüche aus den Schuldverschreibungen gegenüber der Hinterlegungsstelle geltend machen.

6. Steuern

- 6.1 Alle Zahlungen auf die Schuldverschreibungen erfolgen unter Abzug und/oder Einbehaltung von Steuern, Abgaben und sonstigen Gebühren, soweit der Projektträger zum Abzug und/oder zur Einbehaltung gesetzlich verpflichtet ist. Der Projektträger ist nicht verpflichtet, den Gläubigern zusätzliche Beträge als Ausgleich für auf diese Weise abgezogene oder einbehaltene Beträge zu zahlen.
- 6.2 Soweit der Projektträger nicht gesetzlich zum Abzug und/oder zur Einbehaltung von Steuern, Abgaben oder sonstigen Gebühren verpflichtet ist, trifft diesen keinerlei Verpflichtung im Hinblick auf abgaberechtliche Verpflichtungen der Anleihegläubiger.

7. Außerordentliche Kündigung

- 7.1 Ein ordentliches Kündigungsrecht für die Anleihegläubiger besteht nicht. Invesdor Collect GmbH, c/o Mindspace Germany GmbH, Uhlandstraße 32, 10719 Berlin, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter HRB 220395 B („**Invesdor Collect**“) ist berechtigt, im Namen der Anleihegläubiger, die Schuldverschreibungen gegenüber dem Projektträger ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist in Textform (§ 126b BGB) zu kündigen und vorbehaltlich der Ziff. 2.2 und Ziff. 2.3 deren sofortige Rückzahlung zum Nennbetrag zu verlangen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn:
- 7.1.1 Der Projektträger seine Zahlungsunfähigkeit schriftlich allgemein bekannt gibt oder seine Zahlungen allgemein einstellt; oder
 - 7.1.2 ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Projektträgers eröffnet und nicht innerhalb von 30 Tagen nach der Eröffnung aufgehoben oder ausgesetzt wird oder durch den Projektträger beantragt oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird; oder
 - 7.1.3 der Projektträger eine wesentliche Verpflichtung, Bedingung oder Vereinbarung hinsichtlich der Schuldverschreibungen nicht erfüllt oder beachtet (die „**Pflichtverletzung**“) und die Nichterfüllung oder Nichtbeachtung länger als 30 Tage andauert, nachdem der Projektträger hierüber von Invesdor Collect im Namen der Anleihegläubiger, welche die Pflichtverletzung betrifft, eine Benachrichtigung erhalten hat, durch welche der Projektträger von Invesdor Collect im Namen der Anleihegläubiger aufgefordert wird, die Verpflichtung, Bedingung oder Vereinbarung zu erfüllen oder zu beachten; oder
 - 7.1.4 der Projektträger in Liquidation tritt, es sei denn, dies geschieht im Zusammenhang mit gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen (z. B. einer Verschmelzung oder einer anderen Form des Zusammenschlusses mit einer anderen Gesellschaft), sofern diese andere Gesellschaft ein verbundenes Unternehmen des Projektträgers im Sinne von § 15ff. AktG ist und alle Verpflichtungen übernimmt, die der Projektträger im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen eingegangen ist, oder

- 7.1.5** Invesdor Collect im Namen der Anleihegläubiger dem Projektträger erfolglos eine angemessene Frist zur Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit eines nicht funktionstüchtigen Kryptowertpapierregisters gesetzt hat. Der Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit des Kryptowertpapierregisters steht die Übertragung der Schuldverschreibungen auf ein anderes elektronisches Wertpapierregister nach § 21 Absatz 2 und § 22 eWpG gleich.

Ein wichtiger Grund, der zur außerordentlichen Kündigung der Schuldverschreibungen berechtigt, ist insbesondere nicht allein deshalb anzunehmen, weil sich die Vermögensverhältnisse des Projektträgers verschlechtert haben. Sofern der Projektträger Sanierungsbemühungen beabsichtigt, insbesondere wenn sich diese Absicht durch Einberufung einer Gläubigerversammlung oder Ankündigung der Einberufung einer Gläubigerversammlung konkretisiert, ist eine Ausübung der in Ziff. 7 geregelten oder sonstiger außerordentlicher Kündigungsrechte der Anleihegläubiger jeweils bis zum Ablauf von 120 Tagen nach dem Zeitpunkt der Ankündigung oder Einberufung einer Gläubigerversammlung ausgeschlossen, sofern Gegenstand der Gläubigerversammlung Sanierungsmaßnahmen sind.

- 7.2** Das Kündigungsrecht erlischt, falls der Kündigungsgrund vor Ausübung des Rechts geheilt wurde.

8. Ordentliche Kündigung durch den Projektträger

- 8.1** Der Projektträger ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Schuldverschreibungen ganz oder teilweise vorzeitig zu kündigen und vorbehaltlich der Ziff. 2.2 und Ziff. 2.3 zum Nennbetrag zzgl. ggf. des variablen Gewinnanteils an die Anleihegläubiger zurückzuzahlen, wenn und soweit

8.1.1 das Anleihekaptal nicht für den Erwerb einer Beteiligung verwendet werden kann, was insbesondere der Fall sein kann, wenn nicht genügend Aktien von Oura zur Verfügung stehen; oder

8.1.2 dem Projektträger ein Erlös aus der Beendigung einer Beteiligung zugeflossen ist.

- 8.2** Der Projektträger hat die vorzeitige Kündigung mit einer Frist von mindestens 30 Kalendertagen bei OPC in Textform (§ 126b BGB) anzukündigen.

9. Funktionen, Vollmachten

- 9.1** Aufgrund der Bündelung zahlreicher paralleler Schuldverschreibungen hat eine Vielzahl von Anleihegläubigern gleichartige Rechtspositionen gegenüber dem Projektträger. Vor diesem Hintergrund beauftragt jeder Anleihegläubiger und bevollmächtigt hiermit Invesdor Collect unwiderruflich und unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) mit der Verwaltung der Schuldverschreibungen.

Diese Verwaltungsvollmacht umfasst insbesondere:

- a) Vollmacht zur Organisation der Rückzahlung der Schuldverschreibungen und der Zahlung eines etwaigen Gewinnanteils gemäß diesen Emissionsbedingungen;
- b) Vollmacht zum Übersenden von automatisierten Zahlungserinnerungen vor und nach Fälligkeit sowie zur Erklärung von sonstigen Mahnungen und Fristsetzungen gegenüber dem Projektträger;

- c) Vollmacht zur Entgegennahme von Erklärungen des Projektträgers oder anderer Personen als Empfangsvertreter der Anleihegläubiger;
- d) Vollmacht Kündigungsrechte der Anleihegläubiger auszuüben und entsprechende Kündigungserklärungen gegenüber dem Projektträger abzugeben.

9.2 Im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect wird die unter § 9 Ziff. 1 genannte Vollmacht von jedem Anleihegläubiger in vollem Umfang der Stichting Custodian Agent OPC, eingetragen im niederländischen Handelsregister unter der Registernummer: 63904179 (nachfolgend „**Stichting Custodian**“), erteilt.

9.3 Jeder Anleihegläubiger verpflichtet sich, seine aus den Emissionsbedingungen folgenden Rechte gegen den Projektträger nur gebündelt durch die gemäß § 9 Bevollmächtigten ausüben zu lassen und hierfür gegebenenfalls noch erforderliche Erklärungen auf Verlangen der gemäß § 9 Bevollmächtigten abzugeben.

9.4 Die vorstehenden Vollmachten sind unwiderruflich, ausgenommen im Falle des Vorliegens eines wichtigen Grundes. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor im Falle der Insolvenz von Stichting Custodian oder bei einer nach Abmahnung durch den Anleihegläubiger fortgesetzten Pflichtwidrigkeit hinsichtlich der Ausübung oder Nichtausübung der Vollmachten gemäß dieses § 9. Im Falle des Widerrufs der vorstehenden Vollmachten aus wichtigem Grund verpflichtet sich der Anleihegläubiger im Sinne eines echten Vertrages zu Gunsten Dritter (nämlich zu Gunsten aller anderen Anleihegläubiger), die Forderungen nur einheitlich zusammen mit den anderen Anleihegläubigern geltend zu machen und entsprechende Rechte nur einheitlich zusammen auszuüben.

9.5 Der Projektträger verpflichtet sich, Informationen, Willenserklärungen, geschäftsähnliche Handlungen und/oder sonstige Kommunikation ausschließlich über Invesdor Collect an den Anleihegläubiger heranzutragen.

10. Niederlegung der Emissionsbedingungen

10.1 Für die Niederlegung der Emissionsbedingungen als beständiges elektronisches Dokument hat die Registerführende Stelle die Informationen nachweisbar derart zu speichern, dass die jederzeit unverändert wiedergegeben werden können. Sie hat dafür Sorge zu tragen, dass die Integrität und Authentizität der gespeicherten Informationen auch langfristig sichergestellt und jederzeit überprüfbar sind.

10.2 Die Registerführende Stelle wird die Emissionsbedingungen jederzeit im Internet frei zugänglich und über gängige Verfahren leicht auffindbar zur Verfügung zu stellen.

10.3 Änderungen des Zugangs zu den Emissionsbedingungen werden rechtzeitig und in geeigneter Weise bekannt gemacht.

11. Änderungen der Emissionsbedingungen, Wechsel des E-Wertpapierregisters, Gemeinsamer Vertreter

- 11.1 Die Registerführende Stelle stellt sicher, dass ohne Zustimmung der Anleihegläubiger nur Änderungen an den niedergelegten Emissionsbedingungen auf folgenden Grundlagen erfolgen, soweit es sich nicht um offenbare Unrichtigkeiten handelt:
- durch Gesetz,
 - auf Grund eines Gesetzes,
 - auf Grund eines Rechtsgeschäfts,
 - auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung oder
 - auf Grund eines vollstreckbaren Verwaltungsakts.
- 11.2 Die Emissionsbedingungen können durch den Projektträger mit Zustimmung der Anleihegläubiger aufgrund Mehrheitsbeschlusses nach Maßgabe von § 5 SchVG geändert werden. Dasselbe gilt für den Wechsel des Wertpapierregisters gemäß § 22 eWpG. Für das Abstimmungsverfahren gelten die Bestimmungen des Abschnittes 2 (Beschlüsse der Anleihegläubiger) des deutschen Gesetzes über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen (SchVG) in seiner jeweils gültigen Fassung, soweit nicht nachfolgend abweichendes geregelt wird. Die Anleihegläubiger beschließen mit der einfachen Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte. Beschlüsse, durch welche der wesentliche Inhalt der niedergelegten Emissionsbedingungen, insbesondere in den Fällen des § 5 Abs. 3 Nummern 1 bis 9 SchVG, geändert wird, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer Mehrheit von mindestens 75 % der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte.
- 11.3 Die Beschlüsse werden nur im Wege der Abstimmung ohne Versammlung gemäß § 18 SchVG durchgeführt. An den Abstimmungen der Anleihegläubiger nimmt jeder Anleihegläubiger nach Maßgabe des Nennwertes oder rechnerischen Anteils seiner Berechtigung aus den ausstehenden Schuldverschreibungen teil. Die Abstimmung wird vom Abstimmungsleiter geleitet. Abstimmungsleiter ist der gemeinsame Vertreter der Anleihegläubiger, wenn er zu der Abstimmung aufgefordert hat, oder eine vom Gericht bestimmte Person. § 9 Absatz 2 Satz 2 SchVG ist entsprechend anwendbar.
- 11.4 Die Aufforderung zu einer Abstimmung erfolgt durch den Abstimmungsleiter unter Einbindung der Registerführenden Stelle. Die Aufforderung zur Stimmabgabe durch den Abstimmungsleiter regelt die weiteren Einzelheiten der Beschlussfassung und der Abstimmung. Die Aufforderung zur Stimmabgabe erfolgt per E-Mail an den jeweiligen Anleihegläubiger an die von diesem zuletzt bekannt gegebene E-Mail-Adresse. Mit der Aufforderung zur Stimmabgabe werden die Beschlussgegenstände, die Vorschläge zur Beschlussfassung und das Abstimmungsverfahren den Anleihegläubigern bekanntgegeben. Die Aufforderung zur Stimmabgabe erfolgt mindestens 14 Kalendertage vor dem Beginn des Abstimmungszeitraums. Abweichend von § 12 Abs. 2 SchVG und § 17 SchVG erfolgt keine öffentliche Bekanntmachung der Einberufung und/oder der Beschlüsse im Bundesanzeiger. Der Abstimmungsleiter erstellt eine Niederschrift über die gefassten Beschlüsse. Die Beschlüsse werden den jeweiligen Anleihegläubigern elektronisch bekanntgegeben.
- 11.5 Zum gemeinsamen Vertreter für alle Anleihegläubiger („**gemeinsamer Vertreter**“) wird Invesdor Collect und - im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect - Stichting Custodian nach Maßgabe des § 7 SchVG bestellt, wobei Invesdor Collect und- im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect - Stichting Custodian berechtigt sind, jederzeit eine dritte von diesen zu benennende Person für diese Funktion einzusetzen. Der gemeinsame Vertreter hat die Aufgaben und Befugnisse, welche ihm durch Gesetz oder von den Anleihegläubigern durch Mehrheitsbeschluss eingeräumt wurden. Er hat die Weisungen der Anleihegläubiger zu befolgen. Soweit er zur Geltendmachung von Rechten der Anleihegläubiger ermächtigt ist, sind die einzelnen Anleihegläubiger zur selbständigen Geltendmachung dieser Rechte nicht befugt, es sei denn, der Mehrheitsbeschluss sieht dies ausdrücklich vor. Über seine Tätigkeit hat der gemeinsame Vertreter den

Anleihegläubigern zu berichten. Kosten und Aufwendungen trägt gemäß § 7 Abs. 6 SchVG der Projektträger.

- 11.6** Änderungen des Inhalts der Emissionsbedingungen nach vorstehenden Maßgaben werden erst durch Niederlegung bei der Registerführenden Stelle wirksam (§ 5 eWpG). In den geänderten Emissionsbedingungen müssen die Änderungen nachvollziehbar sein. Hierfür werden die verschiedenen Versionen fortlaufend nummeriert und zeitlich protokolliert nachweisbar derart gespeichert, dass sie jederzeit unverändert wiedergegeben werden können. Beschlüsse der Gläubigerversammlung, durch die der Inhalt der Emissionsbedingungen abgeändert oder ergänzt wird, sind in der Weise zu vollziehen, dass die bei der Registerführenden Stelle zugänglichen Emissionsbedingungen, auf die die Eintragung im E-Wertpapierregister Bezug nimmt, ergänzt oder geändert werden. Tag und Uhrzeit der Änderung oder Ergänzung sind anzugeben. Der Abstimmungsleiter hat dazu den in der Niederschrift dokumentierten Beschlussinhalt an die Registerführende Stelle zu übermitteln mit dem Ersuchen, die eingereichten Dokumente den vorhandenen Dokumenten in geeigneter Form beizufügen. Er hat gegenüber der Registerführenden Stelle zu versichern, dass der Beschluss vollzogen werden darf.
- 11.7** Der Projektträger ist berechtigt, die technischen Modalitäten der Zahlung oder andere ähnliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ohne Zustimmung der Anleihegläubiger zu ändern, sofern solche Änderungen die wirtschaftliche Situation der Anleihegläubiger nicht verschlechtern.

12. Maßgebliches Recht, Gerichtsstand, Vorlegungsfrist, maßgebliche Sprache

- 12.1** Form und Inhalt der Schuldverschreibungen und alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und des Projektträgers unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 12.2** Gerichtsstand für alle sich aus dem Rechtsverhältnis zwischen Anleihegläubiger und dem Projektträger ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist der Sitz des Projektträgers. Diese Gerichtsstandvereinbarung beschränkt nicht das Recht eines Gläubigers, Verfahren vor einem anderen zuständigen Gericht anzustrengen. Ebenso wenig schließt die Einleitung von Verfahren vor einem oder mehreren anderen Gerichtsständen die Einleitung von Verfahren an einem anderen Gerichtsstand aus, falls und soweit dies rechtlich zulässig ist.
- 12.3** Die Vorlegungsfrist für die Schuldverschreibungen beträgt fünf Jahre. Erfolgt die Vorlegung, so verjährt der Anspruch in zwei Jahren von dem Ende der Vorlegungsfrist an. Erfolgt die Vorlegung nicht, so erlischt der Anspruch mit dem Ablauf der Vorlegungsfrist. Die Vorlegung einer Schuldverschreibung im Sinne des § 801 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) erfolgt durch ausdrückliches Verlangen der Leistung unter Glaubhaftmachung der Berechtigung.
- 12.4** Im Falle des Todes eines Anleihegläubigers gehen die Schuldverschreibungen auf seine Erben über. Bei mehreren Erben haben diese einen gemeinsamen bevollmächtigten Vertreter gegenüber dem Projektträger zur Ausübung der Rechte aus den Schuldverschreibungen zu benennen. Der bzw. die Erben sind verpflichtet, sich gegenüber dem Projektträger als Erben unverzüglich nach dem Erbfall durch Vorlage eines Erbscheins oder eines Erbnachweises entsprechend § 35 Grundbuchordnung (GBO) in der jeweils geltenden Fassung oder eines damit vergleichbaren ausländischen Erbnachweises zu legitimieren. Die Kosten für die Beibringung des Erbnachweises trägt der Rechtsnachfolger. Bis zur Legitimierung des bzw. der Erben und der Benennung eines gemeinsamen Vertreters bei mehreren Erben ruhen die Rechte aus den Schuldverschreibungen und Zahlungen finden nicht statt.
- 12.5** Diese Emissionsbedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst. Nur dieser deutsche Text ist verbindlich und maßgeblich.

Informationen für den Verbraucher

Aufgrund des Art. 246 b EGBGB sind für alle Fernabsatzverträge (Verträge, die unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln (z. B. per E-Mail, Fax, Internet) zustande kommen) sowie Verträge, die außerhalb von Geschäftsräumen des Projektträgers geschlossen werden, dem Anleger folgende Informationen zur Verfügung zu stellen.

1.1. Allgemeine Unternehmensinformationen über den Projektträger

Projektträger ist die Cometum Direct Invest II GmbH & Co. KG mit Sitz in Lärchenstraße 4, 82166 Gräfelfing, vertreten durch die Cometum Asset Management GmbH und ihren einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführer Sascha Miller.

Geschäftsanschrift/ladungsfähige Anschrift: Lärchenstraße 4, 82166 Gräfelfing.

Eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Nr. HRA 122756.

Hauptgeschäftstätigkeit des Projektträgers ist das Halten und Verwalten von Beteiligungen an Unternehmen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung.

Der Projektträger unterliegt keiner direkten Aufsicht durch eine Behörde.

1.2. Informationen über die Kapitalanlage

1.2.1 Wesentliche Merkmale der Kapitalanlage und Zustandekommen des Vertrages

Der Projektträger bietet qualifiziert nachrangige und mit einer vorinsolvenzlichen Durchsetzungssperre ausgestattete, auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 5.000.000 an, die in bis zu 20.000 Stück untereinander gleichberechtigte Schuldverschreibungen im Nennbetrag von jeweils EUR 250,00 eingeteilt sind.

Die Schuldverschreibungen werden als E-Wertpapiere in Einzeleintragung begeben und spätestens 30 Kalendertage nach Abschluss des Zeichnungsvertrags in das E-Wertpapierregister eingetragen. Das Register wird von der Smart Registry GmbH, Uhlandstraße 32, 10719 Berlin (Handelsregister Charlottenburg, HRB 234468 B), geführt („Registerführende Stelle“). Es werden keine Urkunden ausgegeben. Anleger benötigen für die Verwahrung ein digitales Schließfach, das ihnen von der Tangany GmbH, Brienner Str. 53, 80333 München (Handelsregister München, HRB 246113), E-Mail: info@tangany.com, kostenlos zur Selbstverwahrung bereitgestellt wird.

Die Schuldverschreibungen begründen ausschließlich schuldrechtliche Zahlungsverpflichtungen des Projektträgers gegenüber den Anlegern, sie gewähren keine Teilnahme-, Mitwirkungs- und Stimmrechte.

Die Mindestzeichnungssumme beträgt EUR 250,00.

Die Schuldverschreibungen ermöglichen es Anlegern, über eine Beteiligung an den Veräußerungsgewinnen an der Wertentwicklung der Oura Health Oy zu partizipieren. Der Projektträger wird das eingezahlte Anleihekaptial abzüglich der Emissionskosten ausschließlich für den Erwerb der Beteiligung an der Oura Health Oy sowie für die Rückzahlung der Schuldverschreibungen verwenden.

Die Schuldverschreibungen werden nicht laufend verzinst. Die Schuldverschreibungen werden vorbehaltlich des Rangrücktritts und der vorinsolvenzlichen Durchsetzungssperre innerhalb eines Monats nach dem Ende der Laufzeit zum Nennbetrag zzgl. eines variablen Gewinnanteils in Höhe von 100 % des Veräußerungsgewinns an den Anleihegläubiger zurückgezahlt.

„Veräußerungsgewinn“ ist der dem Projektträger zugeflossene Erlös infolge einer Beendigung der Beteiligung abzüglich a) der Erwerbskosten für den Erwerb der Beteiligung inklusive aller Erwerbsnebenkosten sowie b) aller bei dem Projektträger anfallenden Kosten, Gebühren, Steuern und Abgaben sowie sonstigen Abzügen anlässlich der Beendigung der Beteiligung.

„Beteiligung“ ist eine Aktienbeteiligung an der Oura Health Oy, Elektriikkatie 10 90590 Oulu, Finnland. Die Beteiligung kann unmittelbar von dem Projektträger erworben werden und/oder mittelbar von einer oder mehreren Beteiligungsgesellschaft(en), an denen der Projektträger beteiligt ist.

„Beendigung der Beteiligung“ ist die Veräußerung der Beteiligung durch den Projektträger oder eine Beteiligungsgesellschaft.

Beabsichtigte Übertragungen sind Oneplanetcrowd International B.V., Mauritskade 63, 1092 AD, Amsterdam, Niederlande („OPC“), jährlich im November anzuzeigen (erstmalig im

Jahr 2027); die Frist bis zur ersten Handelbarkeit kann mit Zustimmung von OPC verlängert werden (Anlegerinformation erfolgt). Der Veräußerer muss die Gesetzmäßigkeit der Übertragung nachweisen; der Preis wird einvernehmlich festgelegt. Eine Übertragung ist nur an Personen mit (Wohn-)Sitz in der EU zulässig, sofern diese nicht US-Staatsbürger, in den USA steuerpflichtig sind oder aus FATF-Hochrisikoländern stammen. Erwerber müssen auf der Internet-Präsenz der Invesdor INV AG, c/o Mindspace Germany GmbH, Uhlandstraße 32, 10719 Berlin, Deutschland: <https://www.invesdor.com/> („Plattform“), ein Anlegerkonto eröffnen, ihre Bankverbindung mitteilen und sich identifizieren lassen, um Zahlungen und Informationen zur Zahlungsüberwachung zu erhalten. Ohne erfolgreiche Identifizierung sind Zahlungsansprüche spätestens fünf Jahre nach Fälligkeit nicht mehr durchsetzbar (vorbehaltlich kürzerer gesetzlicher Verjährung). Eine Verpfändung oder Sicherungsabtretung der Ansprüche ist untersagt. Die Übertragung erfolgt ausschließlich durch Weisung an die Registerstelle zur Eintragung in das E-Wertpapierregister mittels der Kennung (Public Key) des digitalen Schließfachs. Projektträger und Registerstelle können Übertragungen auf registrierte Schließfächer beschränken (Whitelisting) oder bei berechtigtem Grund (z. B. Verdacht auf Straftaten) technisch blockieren (Freezing). Übertragungen außerhalb des Registers sind unzulässig. Es bestehen keine Genehmigungsklauseln, Rückkaufklauseln oder Mitverkaufspflichten.

Die wesentlichen Einzelheiten der Kapitalanlage sind in dem Anlagebasisinformationsblatt und den Anleihebedingungen des Projektträgers enthalten.

Gemäß den Anleihebedingungen handelt es sich bei den Schuldverschreibungen um nachrangige und nicht dinglich besicherte Verbindlichkeiten des Projektträgers, die eine vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre enthalten. Der Anleger tritt in einem etwaigen Insolvenzverfahren über das Vermögen des Projektträgers sowie im Falle der Liquidation des Projektträgers gemäß §§ 19 Abs. 2 Satz 2, 39 Abs. 2 InsO mit seinen Ansprüchen auf Zahlung des Gewinnanteils sowie auf Rückzahlung der Schuldverschreibungen sowie mit sämtlichen sonstigen Zahlungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen im Rang hinter die Forderungen im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 InsO zurück. Die Forderungen aus den Schuldverschreibungen werden erst nach Befriedigung dieser vorrangigen Forderungen befriedigt, jedoch gleichrangig mit den Forderungen aus anderen von dem Projektträger ausgegebenen nachrangigen Kapitalanlagen im Sinne von § 39 Abs. 2 der Insolvenzordnung. Sämtliche Forderungen von Anlegern aus den Schuldverschreibungen sind untereinander gleichrangig.

Außerhalb eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Projektträgers sowie außerhalb einer Liquidation des Projektträgers sind Zahlungen des Gewinnanteils sowie die Rückzahlung des Anleihekaptals solange und soweit ausgeschlossen, wie diese Zahlungen

- zu einer Zahlungsunfähigkeit des Projektträgers im Sinne des § 17 InsO oder einer Überschuldung des Projektträgers im Sinne des § 19 InsO führen oder
- bei dem Projektträger eine Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 InsO oder eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO bereits besteht.

Diese Regelung wird vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre genannt. Zahlungen sind auch dann ausgeschlossen, wenn die Erfüllung der Zahlungsansprüche des Anlegers für sich genommen keine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO und keine Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 InsO begründen würde, die Summe aller Ansprüche gegen den Projektträger hingegen schon.

Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre bewirkt eine Wesensänderung der Geldhingabe vom Fremdkapital mit unbedingter Rückzahlungsverpflichtung hin zu einer unternehmerischen Beteiligung.

Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre gilt bereits für die Zeit vor Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Der Anleger kann demzufolge bereits dann keine Erfüllung seiner Ansprüche aus den Schuldverschreibungen verlangen, wenn der Projektträger im Zeitpunkt des Leistungsverlangens des Anlegers überschuldet oder zahlungsunfähig ist oder dies zu werden droht. Der Ausschluss dieser Ansprüche kann für eine unbegrenzte Zeit wirken.

1.2.2 Spezielle Hinweise wegen der Art der Finanzdienstleistung

Die angebotene Kapitalanlage ist mit speziellen Risiken behaftet. Der Anleger übernimmt mit den nachrangigen Schuldverschreibungen mit vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre ein Risiko, welches über das allgemeine Insolvenzausfallrisiko hinausgeht. Für ihn bedeutet dies, dass das von ihm übernommene Risiko in gewisser Hinsicht sogar über das unternehmerische Risiko eines Gesellschafters hinausgehen kann. Die Zahlungsansprüche aus den Schuldverschreibungen können aufgrund der vorinsolvenzlichen Durchsetzungssperre bereits vor Eröffnung eines Insolvenzverfahrens dauerhaft nicht durchsetzbar sein und der Ausschluss dieser Ansprüche kann dauerhaft und für unbegrenzte Zeit wirken. Deshalb verbindet sich mit dieser Kapitalanlage das Risiko des Teil- oder sogar des Totalverlustes des eingesetzten Kapitals und (noch) nicht ausgezahlter Gewinnanteile.

Die Finanzdienstleistung bezieht sich nicht auf Finanzinstrumente, deren Preis von Schwankungen auf dem Finanzmarkt abhängig ist.

1.2.3 Mindestlaufzeit, vertragliche Kündigungsbedingungen, Vertragsstrafen

Die Laufzeit der Schuldverschreibungen beginnt am 01.07.2026 und endet mit Ablauf des 02.07.2029. Der Projektträger ist einseitig berechtigt, die Laufzeit bis zu zwei Mal um jeweils 12 Monate bis längstens zum 02.07.2031 zu verlängern. Die Verlängerung erfolgt durch Bekanntmachung mit einer Frist von mindestens einem Monat vor dem Ende der jeweiligen Laufzeit.

Der Projektträger ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Schuldverschreibungen ganz oder teilweise vorzeitig zu kündigen und vorbehaltlich des Rangrücktritts und der vorinsolvenzlichen Durchsetzungssperre zum Nennbetrag an die Anleihegläubiger zurückzuzahlen, wenn (i) das Anleihekaptal nicht für den Erwerb einer Beteiligung verwendet werden kann, was insbesondere der Fall sein kann, wenn nicht genügend Aktien von Oura Health Oy zur Verfügung stehen, oder (ii) wenn dem Projektträger ein Erlös aus der Beendigung einer Beteiligung zugeflossen ist.

Das Recht zur außerordentlichen Kündigung durch den Projektträger und/oder die Anleger aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Eine Vertragsstrafe ist nicht vorgesehen.

1.2.4 Gesamtpreis, Preisbestandteile, abgeführte Steuern

Die Ausgabe der Schuldverschreibungen erfolgt zu 100 % des Nennbetrags von EUR 250,00 je Schuldverschreibung.

Den Anlegern entstehen folgende Gebühren, Entgelte und sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Zeichnung der Schuldverschreibung:

- Einstiegskosten in Höhe von 2,66 % pro Jahr des Nennbetrages als Strukturierungsgebühr für den Projektträger für den Kauf der Beteiligung (davon 1,33 % pro Jahr als Vermittlungsgebühr für OPC); Die Einstiegskosten sind erstmalig fällig mit dem Erwerb der Beteiligung und fallen - unabhängig von der Dauer der Laufzeit - mindestens für einen Zeitraum von 3 Jahren an.
- Zusätzliche Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb der Beteiligung in Höhe von ca. 1 % pro Jahr fallen für Vertriebspartner, Tippgeber, Broker, Asset Manager, die ggf. die Beteiligung verwalten, sowie für die technische Umsetzung des Produkts an. Die zusätzlichen Kosten, welche beim Erwerb der Beteiligung fällig werden, werden auf Basis des tatsächlich für den Erwerb der Beteiligung investierten Betrags berechnet. Die zusätzlichen Kosten werden mit 1 % p.a. geschätzt, können aber je nach Einzeltransaktion höher oder niedriger ausfallen.
- Im Falle des Verkaufs der Beteiligung seitens des Projektträgers fallen Ausstiegskosten in Höhe von 3,33 % pro Jahr auf den Erlös aus dem Verkauf der Beteiligung an. Die Ausstiegskosten umfassen nicht nur die mit dem Ausstieg verbundenen Kosten, sondern dienen auch als Anreiz für den Projektträger und seine Asset Manager, die höchstmögliche Rendite für die Anleger zu erzielen. Die Ausstiegskosten fallen unabhängig von der Dauer der Laufzeit - mindestens für einen Zeitraum von 3 Jahren an, also in Höhe von mindestens 10 %.

Die Steuerlast trägt jeweils der Anleger. Der Projektträger übernimmt nicht die Zahlung von Steuern für den Anleger.

Die Zeichnung der Kapitalanlage ist von der Umsatzsteuer befreit.

1.2.5 Zusätzlich anfallende Kosten, sowie weitere Steuern oder Kosten, die nicht über das Unternehmen abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden

Der Anleger zahlt zusätzlich zum Gesamtinvestitionsbetrag an OPC eine Bearbeitungsgebühr ("Transaktionskosten") von 1,5 % (einschließlich Umsatzsteuer) auf den investierten Gesamtinvestitionsbetrag. Den Anlegern entstehen keine weiteren Gebühren, Entgelte und sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Vermittlungsleistung, der Eröffnung eines Nutzerkontos sowie eines Digitalen Schließfachs.

Eigene Kosten für Telefon, Internet, Porto und Überweisungen sowie für die eigene Beauftragung von Steuerberatern, Rechtsanwälten, Vermögens- oder sonstigen Beratern, hat der Anleger selbst zu tragen. Die Höhe dieser Kosten kann nicht konkret genannt werden, da diese anlegerspezifisch sind und daher variieren.

Einkünfte (ein etwaiger variabler Gewinnanteil) im Zusammenhang mit der Anlage unterliegen grundsätzlich der Besteuerung. Eine genaue Angabe pauschal für alle Anleger ist nicht möglich, da die Höhe etwaig abzuführender Steuern von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Anlegers abhängig ist (z.B. steuerlicher Wohnsitz oder besondere steuerliche Merkmale) und künftigen Änderungen unterworfen sein kann. Den Anlegern wird empfohlen, sich in eigener Verantwortung hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung der Schuldverschreibungen ggf. qualifiziert steuerlich beraten zu lassen. Etwaige Beratungskosten in diesem Zusammenhang sind von dem Anleger zu tragen.

1.2.6 Einzelheiten der Zahlung und Erfüllung, auflösende Bedingung

Angebotsabgabe und Annahme: Die Abgabe des Zeichnungsangebots erfolgt durch Eröffnung eines Nutzerkontos auf der Plattform und Festlegung der Investitionssumme. Nach Ablauf der Zeichnungsfrist wählt der Projektträger Angebote aus, um mindestens den Mindestzielbetrag und maximal die Höchstangebotssumme (bei Überzeichnungen bis zu 5.200.000,00 EUR) zu erreichen. Der Projektträger kann Angebote ohne Angabe von Gründen ablehnen. Die Annahmeerklärung wird durch den Schwarmfinanzierungsdienstleister als Erklärungsbote an die bei Registrierung angegebene E-Mail-Adresse des Anlegers übermittelt.

Überzeichnungen:

Während der Zeichnungsfrist werden Überzeichnungen akzeptiert, wobei die Gesamtsumme der nach dem Ablauf der 14-tägigen Widerrufsfrist an den Projektträger auszahlenden Zeichnungsbeträge die Höchstangebotssumme nicht überschreiten darf. Der Projektträger kann ein Zeichnungsangebot, dessen Volumen zusammen mit dem Volumen der Zeichnungsangebote, welche nach der zeitlichen Reihenfolge vor diesem Zeichnungsangebot abgegeben wurden – die Höchstangebotssumme überschreitet, zwar annehmen. Der entsprechende Zeichnungsvertrag steht jedoch unter der auflösenden Bedingung, dass - nach Ablauf der 14-tägigen Widerrufsfrist – das Volumen dieses Zeichnungsangebotes zusammen mit dem Volumen der Zeichnungsangebote, welche nach der zeitlichen Reihenfolge vor diesem Zeichnungsangebot abgegeben wurden, die Höchstangebotssumme weiterhin überschreitet. Das Angebot endet nämlich vorzeitig, sobald die Gesamtsumme der abgegebenen Anlageangebote 5.200.000,00 EUR erreicht.

Weitere Auflösende Bedingungen: Der jeweilige Zeichnungsvertrag steht (zusätzlich zu der vorbenannten auflösenden Bedingung) unter der weiteren auflösenden Bedingung, dass innerhalb von 14 Kalendertagen ab Vertragsschluss (bzw. ab Annahme):

- der Zeichnungsbetrag nicht auf einem seitens des Projektträgers bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Zahlungsdienstleister eingerichteten Treuhandkonto eingeht,
- die geldwäscherechtliche Identifizierung scheitert,
- das erforderliche digitale Schließfach nicht eröffnet wird oder
- der Mindestzielbetrag durch den Ausfall anderer Zeichner nachträglich unterschritten wird.

Zahlungen und Identifizierungen sind vorab freiwillig möglich. Bei Nichtannahme oder Rückabwicklung erfolgt eine unverzügliche, unverzinsten Rückzahlung.

Die Schuldverschreibungen werden als E-Wertpapiere in Einzeleintragung begeben und spätestens 30 Kalendertage nach Abschluss des Zeichnungsvertrags in das E-Wertpapierregister eingetragen.

1.2.7 Anwendbares Recht, Gerichtsstand

Der Projektträger sowie der Vertrag über die Kapitalanlage und die Rechte und Pflichten aus der Kapitalanlage unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Als Gerichtsstand wird der Sitz der Gesellschaft vereinbart. Diese Vereinbarung beschränkt aber nicht das Recht eines Anlegers, Verfahren vor einem anderen zuständigen Gericht anzustrengen. Ebenso wenig schließt die Einleitung von Verfahren vor einem oder mehreren anderen Gerichtsständen die Einleitung von Verfahren an einem anderen Gerichtsstand aus, falls und soweit dies rechtlich zulässig ist.

1.2.8 Befristung der Informationen

Die Gültigkeit dieser Informationen ist nicht befristet.

1.2.9 Vertragssprache

Das Anlagebasisinformationsblatt gemäß Art. 23 ECSP-VO i.V.m. Anhang I ECSP-VO über die zu tätige Anlage sowie die Investing AGB werden in der jeweiligen Sprache zur Verfügung gestellt, welche von der Aufsichtsbehörde in dem jeweiligen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, in dem OPC ihre Dienstleistungen, ihre Plattform und die öffentlich angebotenen Investitionsvorschläge aktiv bewirbt, akzeptiert wird. Im Übrigen wird die Kapitalanlage nur in deutscher und englischer Sprache angeboten und die Kommunikation zwischen dem Projektträger und dem Anleger wird während der Laufzeit der Kapitalanlage in deutscher oder englischer Sprache erfolgen.

1.2.10 Außergerichtliche Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren

Anlegende mit Wohnsitz in Deutschland haben bei Streitigkeiten aus der Anwendung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen unbeschadet des Rechts, die Gerichte anzurufen, die Möglichkeit, eine vom Bundesamt für Justiz für diese Streitigkeiten anerkannte private Verbraucherschlichtungsstelle oder die bei der Deutschen Bundesbank eingerichtete Schlichtungsstelle (Deutsche Bundesbank; Schlichtungsstelle, Postfach 10 06 02, D-60006 Frankfurt/Main; Telefon: 069 9566-33232, Telefax: 069 709090-9901, E-Mail: schlichtung@bundesbank.de; Internet: www.bundesbank.de) anzurufen.

Anlegende mit Wohnsitz in Österreich können sich an die österreichische Verbraucherschlichtungsstelle wenden und diese kontaktieren. Sie ist erreichbar unter: Schlichtung für Verbrauchergeschäfte Mariahilfer Straße 103/1/18 1060 Wien Tel.: +43 (0)1 890 63 11 Fax.: +43 (0)1 890 63 11 99, E-Mail: office@verbraucherschlichtung.at.

Anlegende mit Wohnsitz in den Niederlanden können sich an das Institut für Beschwerden über Finanzdienstleistungen (Klachteninstituut Financiële Dienstverlening) („Kifid“) wenden. Das Kifid-Institut ist eine unabhängige Beschwerdestelle für den Finanzsektor. Weitere Informationen finden Sie hier: <https://www.kifid.nl>.

Anlegende mit Wohnsitz in Finnland können sich an FINE (Finnish Financial Ombudsman Bureau) als unabhängige Streitbeilegungsstelle für Verbraucher im Finanzsektor wenden. Weitere Informationen finden Sie hier: <https://www.fine.fi/>.

In dem genannten Schlichtungsverfahren hat der Anleger zu versichern, dass er in der Streitigkeit noch kein Gericht, keine Streitschlichtungsstelle und keine Gütestelle, die die Streitbeilegung betreibt, angerufen und auch keinen außergerichtlichen Vergleich abgeschlossen hat.

Der Projektträger ist nicht verpflichtet, sich an einem solchen Schlichtungsverfahren zu beteiligen und ist dazu grundsätzlich auch nicht bereit.

1.2.11 Bestehen eines Garantiefonds bzw. anderer Entschädigungsregelungen

Es besteht keine Einlagensicherung, kein Garantiefonds und es bestehen keine Entschädigungsregelungen.

1.2.12 Mitglied-Staat der EU, dessen Recht das Unternehmen unterliegt

Bundesrepublik Deutschland.

1.2.13 Widerrufsbelehrung

Der Anleger kann seine Zeichnungserklärung widerrufen. Hinsichtlich der **Widerrufsbelehrung** wird auf die **nächste Seite** verwiesen.

Widerrufsbelehrung bzw. Rücktrittsrechtsbelehrung

Abschnitt 1

Widerrufsrecht bzw. Rücktrittsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen bzw. von Ihrer Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung zurücktreten. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrages und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen auf einem dauerhaften Datenträger (z.B. Brief, Telefax, E-Mail) erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist bzw. Rücktrittsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs bzw. Rücktritts, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf bzw. Rücktritt ist zu richten an:

Oneplanetcrowd International B.V., Mauritskade 63, 1092 AD in Amsterdam, Niederlande,
E-Mail: service@invesdor.com

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist bzw. Rücktrittsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität des Projektträgers (nachfolgend „Unternehmer“); anzugeben ist auch das öffentliche Unternehmensregister, bei dem der Rechtsträger eingetragen ist, und die zugehörige Registernummer oder gleichwertige Kennung;
2. die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers und die für seine Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde;
3. die Identität der Vertreter:innen des Unternehmers in dem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, in dem der/die Verbraucher:in seinen/ihren Wohnsitz hat, wenn es einen solchen/ eine solche Vertreter:in gibt, oder einer anderen gewerblich tätigen Person als dem Unternehmer, wenn der/die Verbraucher:in mit dieser Person geschäftlich zu tun hat, und die Eigenschaft, in der diese Person gegenüber dem/der Verbraucher:in tätig wird;
4. zur Anschrift
 - a) die ladungsfähige Anschrift des Unternehmers und jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Unternehmer und dem/der Verbraucher:in maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen der vertretungsberechtigten Personen;
 - b) jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem/der Verbraucher:in und einem/einer Vertreter:in des Unternehmers oder einer anderen gewerblich tätigen Person als dem Unternehmer, wenn der/die Verbraucher:in mit dieser Person geschäftlich zu tun hat, maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen der vertretungsberechtigten Personen;
5. die wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung sowie Informationen darüber, wie der Vertrag zustande kommt;
6. den Gesamtpreis der Finanzdienstleistung einschließlich aller damit verbundenen Preisbestandteile sowie alle über den Unternehmer abgeführten Steuern oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, seine Berechnungsgrundlage, die dem/der Verbraucher:in eine Überprüfung des Preises ermöglicht;
7. gegebenenfalls zusätzlich anfallende Kosten sowie einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von diesem in Rechnung gestellt werden;
8. den Hinweis, dass sich die Finanzdienstleistung auf Finanzinstrumente bezieht, die wegen ihrer spezifischen Merkmale oder der durchzuführenden Vorgänge mit speziellen Risiken behaftet sind oder deren

Preis Schwankungen auf dem Finanzmarkt unterliegt, auf die der Unternehmer keinen Einfluss hat, und dass in der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge kein Indikator für künftige Erträge sind;

9. eine Befristung der Gültigkeitsdauer der zur Verfügung gestellten Informationen, beispielsweise die Gültigkeitsdauer befristeter Angebote, insbesondere hinsichtlich des Preises;

10. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung;

11. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts bzw. Rücktrittsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen/derjenigen, gegenüber dem/der der Widerruf bzw. Rücktritt zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs bzw. Rücktritts einschließlich Informationen über den Betrag, den der/die Verbraucher:in im Fall des Widerrufs bzw. Rücktritts für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er/sie zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist;

12. die Mindestlaufzeit des Vertrages, wenn dieser eine dauernde oder regelmäßig wiederkehrende Leistung zum Inhalt hat;

13. die vertraglichen Kündigungsbedingungen einschließlich etwaiger Vertragsstrafen;

14. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Unternehmer der Aufnahme von Beziehungen zum/zur Verbraucher:in vor Abschluss des Vertrags zugrunde legt;

15. eine Vertragsklausel über das auf den Vertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht;

16. die Sprachen, in denen die Vertragsbedingungen und die in dieser Widerrufsbelehrung genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden, sowie die Sprachen, in denen sich der Unternehmer verpflichtet, mit Zustimmung des/der Verbrauchers:in die Kommunikation während der Laufzeit dieses Vertrags zu führen;

17. den Hinweis, ob der/die Verbraucher:in ein außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und gegebenenfalls dessen Zugangsvoraussetzungen.

Abschnitt 3

Widerrufsfolgen bzw. Rücktrittsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs bzw. Rücktritts **sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren**. Sie sind zur **Zahlung von Wertersatz** für die bis zum Widerruf bzw. Rücktritt erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass wir vor dem Ende der Widerrufsfrist bzw. Rücktrittsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung beginnen. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf bzw. Rücktritt dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht bzw. Rücktrittsrecht erlischt** vorzeitig, wenn der Vertrag **von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist**, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht bzw. Rücktrittsrecht ausgeübt haben. **Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden**. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung bzw. Rücktrittserklärung, für uns mit deren Empfang.

Besondere Hinweise

Bei Widerruf dieses Vertrags bzw. bei Rücktritt vom diesem Vertrag sind Sie auch an einem mit diesem Vertrag zusammenhängenden Vertrag nicht mehr gebunden, wenn der zusammenhängende Vertrag eine Leistung betrifft, die von uns oder einem Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen uns und dem Dritten erbracht wird.

Ende der Widerrufsbelehrung bzw. der Rücktrittsbelehrung

In this translation an attempt has been made to be as literal as possible without jeopardizing the overall continuity.

Inevitably, differences may occur in translation, and if so the German text will by law govern.

Issue Terms

Oura Bond

Offer identifier: 7245004TQQPAFPS6G78200010284

ISIN: DE000A4AU3F8

1. Nominal amount, Securitisation, Transfer, Further bonds

- 1.1** Cometum Direct Invest II GmbH & Co. KG, having its registered office in Lärchenstraße 4, 82166 Gräfelfing (the **“Project Owner”**), is issuing up to 20,000 bearer bonds with a nominal value of EUR 250.00 each (the **“Nominal Value”**) of the Oura Bond series (the **“Bonds”**) with a total nominal amount of up to EUR 5,000,000 (the **“Total Nominal Amount”**).
- 1.2** The Bonds are issued as electronic securities (**“E-Security/ies”**) within the meaning of Section 2(1) of the Electronic Securities Act (**“eWpG”**) for their entire term by means of entry in an electronic securities register (**“E-Securities Register”**) in the form of a crypto-securities register within the meaning of Section 4(1)(2) of the Electronic Securities Act (**“eWpG”**). The Project Owner designates Smart Registry GmbH, Uhlandstr. 32, 10719 Berlin, registered in the Commercial Register of the Local Court of Charlottenburg (Berlin) under registration number HRB 234468 B as the registrar within the meaning of Section 16(2), first sentence, of the eWpG (**“Registrar”**). The Project Owner expressly reserves the right, for the entire term of the Bonds, to change the Registrar without the consent of the investors (the **“Bondholders”**) in accordance with Section 16(2), sentence 3 of the eWpG.
- 1.3** Each Bondholder shall be responsible for the safekeeping of the Bonds in a digital safe-deposit box. The respective custody services are provided by Tangany GmbH, Brienner Str. 53, 80333 Munich, Germany, free of charge. A **“Digital Safe Deposit Box”** is an IT application used to store public keys and private keys and to interact with the technology whose functionalities enable the holding and transfer of E-Securities.
- 1.4** Entry in the crypto-securities register is made by way of individual registration in accordance with Section 8(1)(2) of the eWpG. Any claim by Bondholders for the issue of individual certificates, as well as any claim for the conversion of individual entries into a collective entry, is expressly excluded. The provisions of the eWpG, as amended from time to time, apply to the Bonds.
- 1.5** Bondholder who wishes to transfer his/her Bonds to a third party must notify **Oneplanetcrowd International B.V.**, registered with the Dutch Chamber of Commerce under number 61093904 (**“OPC”**) of this in November of each year, for the first time permissible in 2027. This trading period may be extended with the written permission of OPC. The Bondholders will be notified of any such decision. In the event of a transfer, the respective transferring Investor or Bondholder must prove that the transfer has taken place in accordance with the applicable statutory provisions.

The price shall be determined by mutual agreement between the transferring and the acquiring Bondholder. The Bonds may only be transferred to future Bondholders who are domiciled or resident in an EU member state. Future Bondholders who acquire the Bonds by transfer shall provide the Project Owner with their bank details and open an investor account on the platform of the settlement partner in order to receive payments and information regarding payment monitoring by the settlement partner. For this purpose, future Bondholders must be identified by the Settlement Partner, unless they have otherwise been identified by third parties and the required information is known to the settlement partner or the Project Owner. If future Bondholders cannot be identified, payment claims against the Project Owner - irrespective of the knowledge of the respective future Bondholder - can no longer be enforced at the latest five years after the respective due date, unless the claims have already become statute-barred beforehand in accordance with the statutory regulations.

In all other respects, the following shall apply in the event of transfer:

- a) The Bonds are transferred based on the instruction of the respective transferring Bondholder to enter the transferee as a new Bondholder and thus as the holder in the E-Securities Register with his/her identifier. The public key of the Bondholder's Digital Safe Deposit Box serves as the identifier. For an entry in the E-Securities Register, the future Bondholder must be identified by the Project Owner in an appropriate form in accordance with these Issue Terms.
 - b) The Project Owner and the Registrar are authorised to technically restrict transfers of Bonds to the effect that transfers are only possible to Digital Safe Deposit Boxes registered with the Project Owner or the Registrar (so-called whitelisting). For this reason, the respective transferring Bondholder as the current holder must inform the Project Owner and the Registrar of the intended transfer prior to a transfer.
 - c) A transfer of the Bonds outside the E-Securities Register is not permitted.
 - d) A transfer of Bonds is only permitted in accordance with the applicable statutory regulations. The Bonds may not be transferred to citizens of the United States or persons who are subject to tax in the United States. The Bonds may also not be transferred to persons of countries that are included in the current Financial Action Task Force (FATF) country list of high risk and other supervised jurisdictions.
 - e) The Project Owner and the Registrar are entitled to technically block the transfer ("freezing") if there are legitimate reasons for doing so (e.g. identification of the transferor or transferee is not possible or there is a suspicion of criminal offences or other breaches of the law). The Project Owner or the Registrar will immediately terminate the freezing as soon as the reasons no longer exist or the suspicion has been dispelled.
- 1.6** The Bonds do not confer any membership rights, in particular no rights of participation, involvement or voting at the Project Owner's general meeting. Neither the Project Owner nor the Bondholder intends to enter into a silent partnership within the meaning of Sections 230 et seq. of the German Commercial Code (HGB) upon the acquisition of the Bonds. The Bonds do not participate in any losses or in the proceeds of the Project Owner's liquidation.
- 1.7** The Project Owner reserves the right at any time, without the consent of the Bondholders, to issue further bonds with the same terms and conditions in such a way that they are combined with the existing Bonds, form a single issue with them and increase their total nominal amount. In the event of such an increase, the term "Bonds" also includes such additionally issued bonds. The Project Owner remains free to issue further bonds which do not form a single issue with the

existing Bonds and which have different terms (e.g. in relation to interest, profit participation or denomination), or to issue other debt and/or financing instruments.

2. Status, Subordination and pre-insolvency enforcement bar

2.1 The Bonds constitute direct, qualified subordinated and unsecured liabilities of the Project Owner, which are subject to a pre-insolvency enforcement bar - possibly unlimited in time - and rank pari passu with one another.

2.2 The Bondholder hereby submits, in insolvency proceedings concerning the Project Owner's assets and in the event of the Project Owner's liquidation, in accordance with Sections 19(2) sentence 2, 39(2) of the German Insolvency Code (InsO), with their claims for payment of the variable profit share and for repayment of the Bonds (together "the Bondholder's payment claims") to a rank subordinate to the claims within the meaning of section 39(1) nos. 1 to 5 InsO.

2.3 Outside insolvency proceedings concerning the Project Owner's assets and outside the Project Owner's liquidation, payments in respect of the Bondholder's payment claims are excluded for as long as and to the extent that

a. the payments relate to

i. the Project Owner's over-indebtedness within the meaning of section 19 of the Insolvency Act (InsO) or

ii. the Project Owner's insolvency within the meaning of section 17 of the Insolvency Code (solvency reservation).

b. the Project Owner is over-indebted within the meaning of section 19 of the Insolvency Code (InsO) or is insolvent within the meaning of section 17 of the Insolvency Code (InsO)

("pre-insolvency enforcement bar"). This also applies in the event that the Bondholder's claims for payment do not in themselves constitute over-indebtedness within the meaning of section 19 of the Insolvency Code (InsO) or insolvency within the meaning of section 17 of the Insolvency Code (InsO), but the sum of all claims against the Project Owner would constitute over-indebtedness within the meaning of section 19 of the Insolvency Code (InsO) or insolvency within the meaning of section 17 of the Insolvency Code (InsO).

2.4 The pre-insolvency enforcement bar and the agreed subordination may lead to a permanent non-fulfillment of the Bondholders' claims arising from the Bonds. The Bondholders may be prevented from asserting their claims for an unlimited period of time, which would mean a total loss of the capital invested.

2.5 Bondholders bear an entrepreneurial risk of loss without at the same time being granted information and participation rights that would enable them to influence loss-making business activities. Bondholders bear an entrepreneurial business risk that goes beyond the general insolvency risk that exists anyway. In the event of a payment by the Project Owner in breach of a payment prohibition, the Project Owner shall be entitled to demand repayment of the amount received from the payee and to enforce this in court.

2.6 The Bondholder does not, by virtue of the provisions of Clauses 2.2 to 2.5 above, waive any of its claims arising from the Bonds.

3. Interest

No interest is paid on the Bonds on an ongoing basis.

4. Term, Redemption, Variable profit share, Repurchase

4.1 The term of the Bonds shall commence on 01.07.2026 and end upon expiry of 02.07.2029. The Project Owner shall be entitled, at its sole discretion, to extend the term up to two times by 12 months on each occasion, up to a maximum of 02.07.2031. The extension shall be announced in an appropriate manner at least one month before the end of the respective term.

4.2 Subject to Clauses 2.2 and 2.3, the Bonds shall be repaid to the Bondholder within one month of the end of the term at par value plus the capital gain (the “**profit share**”).

“**Capital gain**” means the proceeds received by the Project Owner as a result of the termination of the holding, less (a) the acquisition costs for the purchase of the holding, including all incidental acquisition costs, and (b) all costs, fees, taxes and duties incurred by the Project Owner, as well as other deductions arising from the termination of the holding

“**Holding**” means a direct or indirect holding of shares in Oura Health Oy, Elekroniikkatie 10, 90590 Oulu, Finland (“**Oura**”). The Holding may be acquired directly by the Project Owner and/or indirectly through one or more investment companies in which the Project Owner has a stake.

“**Termination of the Holding**” means the sale of the Holding by the Project Owner or an investment company.

4.3 The variable profit share is paid to the Bondholder pro rata in proportion to the Bondholder’s outstanding nominal amount relative to the outstanding nominal amount of all Bondholders. The amount of the variable profit share is calculated by the Project Owner.

4.4 The Project Owner is entitled at any time to acquire, hold and dispose of bonds.

5. Paying Agent, Payments, Deposits

5.1 Payments to Bondholders that discharge the Project Owner’s obligations, as well as the repayment of principal and the payment of any profit share, shall be made exclusively through payment service providers authorised in the European Union (“**Paying Agent**” or “**Payment Service Provider**”).

5.2 The Project Owner undertakes to make payments on the Bonds in Euro when due. Should any unscheduled repayments by the Project Owner result in smaller payment amounts than planned for the Bondholders, the Bondholders are advised that this may lead to rounding differences in favor of or to the detriment of the Bondholders, whereby amounts of less than 1 cent will not be paid out.

5.3 The repayment of the Bonds and the payment of any profit share shall be made in such a way that the Project Owner makes a payment to the respective Bondholder, whereby the payment owed by the Project Owner is made via the escrow account held by the Project Owner with the payment service provider, to which the Project Owner has to transfer the amounts due. Payments received in the escrow account are forwarded by the payment service provider to the Bondholders on a pro rata basis — in accordance with the amount of the Bondholder’s claims against the

Project Owner for repayment and payment of any profit share. 10 calendar days are required for the payment service provider to forward the payments made by the Project Owner to the respective Bondholder. No interest accrues for the aforementioned period of 10 calendar days.

- 5.4** If the forwarding of the redemption proceeds of the Bonds and any profit share to the bank account deposited by the Bondholder is not or no longer possible (e.g. due to incorrect or no longer up-to-date data), the Bondholder will be contacted by the settlement partner at least twice by e-mail and/or by telephone for the purpose of correcting the data within 80 calendar days – calculated from the due date of the payments to be forwarded. If no response is received from the Bondholder after expiry of the aforementioned period of 80 calendar days — with a reasonable period for feedback being granted within the 80 calendar days — the payment service provider will transfer the corresponding repayment amount, including any profit share, back to the Project Owner.
- 5.5** The Project Owner is entitled to deposit all amounts payable on the Bonds which Bondholders have not claimed within twelve months of the due date with the local court at the Project Owner's registered office. To the extent that the Project Owner waives the right to reclaim the deposited amounts, the relevant claims of the Bondholders against the Project Owner shall expire. The Bondholder must then assert his/her claims arising from the Bonds against the depositary.

6. Taxes

- 6.1** All payments on the Bonds are made subject to the deduction and/or withholding of taxes, duties and other charges, insofar as the Project Owner is legally obliged to make such deductions and/or withholdings. The Project Owner is not obliged to pay the Bondholders any additional amounts as compensation for amounts deducted or withheld in this manner.
- 6.2** Insofar as the Project Owner is not legally obliged to deduct and/or withhold taxes, duties or other charges, it shall have no obligation whatsoever with regard to the tax liabilities of the Bondholders.

7. Termination for good cause

- 7.1** There is no ordinary right of termination for Bondholders. Invesdor Collect GmbH, c/o Mindspace Germany GmbH, Umlandstraße 32, 10719 Berlin, Germany, registered in the Commercial Register of the Charlottenburg Local Court under HRB 220395 B ("**Invesdor Collect**") is authorized, on behalf of the Bondholders, to terminate the Bonds vis-à-vis the Project Owner in writing (Section 126b of the German Civil Code) without observing a notice period and, subject to Clauses 2.2 and 2.3, to demand their immediate repayment at par value if there is good cause. Good cause shall be deemed to exist in particular if:
- 7.1.1** the Project Owner announces its insolvency in writing or generally suspends its payments; or
- 7.1.2** insolvency proceedings are opened in respect of the Project Owner's assets and are not terminated or suspended within 30 days of their opening, or are applied for by the Project Owner, or the opening of insolvency proceedings is refused on the grounds of lack of assets; or
- 7.1.3** the Project Owner fails to fulfil or comply with a material obligation, condition or agreement relating to the Bonds (the "**Breach**") and such failure to fulfil or comply continues for more than 30 days, after the Project Owner has received notice of this from

Invesdor Collect on behalf of the Bondholders affected by the Breach, in which the Project Owner is requested by Invesdor Collect on behalf of the Bondholders to fulfil or comply with the obligation, condition or agreement; or

- 7.1.4 the Project Owner goes into liquidation, unless this occurs in connection with corporate law measures (e.g. a merger or another form of fusion with another company), provided that such other company is an affiliated company of the Project Owner within the meaning of Section 15 et seq. of the German Stock Corporation Act (AktG) and assumes all obligations entered into by the Project Owner in connection with the Bonds; or
- 7.1.5 Invesdor Collect has unsuccessfully set the Project Owner a reasonable deadline for restoring the functionality of a non-functional E-Securities Register on behalf of Bondholders. The transfer of the Bonds to another electronic securities register pursuant to Section 21(2) and Section 22 of the eWpG shall be deemed equivalent to restoring the functionality of the E-Securities Register.

In particular, a good cause entitling the Bondholders to extraordinary termination of the Bonds shall not be deemed to exist merely because the financial circumstances of the Project Owner have deteriorated. If the Project Owner intends to undertake restructuring efforts, particularly if such intent is made concrete by convening a creditors' meeting or announcing the convening of a creditors' meeting, the Bondholders' rights to terminate the Bonds under Clause 7 or any other extraordinary termination rights are excluded until the expiry of 120 days following the date of the announcement or convening of a creditors' meeting, provided that the subject matter of the creditors' meeting is restructuring measures.

- 7.2 The right of termination shall lapse if the ground for termination has been remedied prior to the exercise of the right.

8. Ordinary termination by the Project Owner

- 8.1 The Project Owner is entitled, but not obliged, to terminate the Bonds in whole or in part prematurely and, subject to Clauses 2.2 and 2.3, to repay the Bondholders the nominal amount plus, where applicable, the variable profit share, if and to the extent that
 - 8.1.1 the Bond capital cannot be used to acquire a Holding, which may in particular be the case if insufficient shares of Oura are available; or
 - 8.1.2 the Project Owner has received proceeds from the termination of a Holding.
- 8.2 The Project Owner must give OPC written notice of early termination with at least 30 calendar days' notice (Section 126b of the German Civil Code).

9. Functions, Powers of attorney

- 9.1 Due to the bundling of numerous parallel Bonds, a large number of Bondholders have similar legal positions vis-à-vis the Project Owner. Against this background, each Bondholder hereby irrevocably instructs and authorises Invesdor Collect to manage the Bonds at its reasonable

discretion (§ 315 of the German Civil Code), releasing it from the restrictions of § 181 of the German Civil Code.

This power of attorney to manage claims includes in particular:

- a) power of attorney to organise the repayment of the Bonds and the payment of any profit share in accordance with these Issue Terms;
- b) authorization to send automated payment reminders before and after the due date and to declare other reminders and deadlines to the Project Owner;
- c) authorization to accept declarations from the Project Owner or other persons as receiving agent for the Bondholders;
- d) authorization to exercise the Bondholders' termination rights and to submit corresponding termination declarations to the Project Owner, in an Event of Default.

9.2 In the event of the insolvency of Invesdor Collect, the power of attorney referred to in Clause 9.1 shall be granted in full by each Bondholder to Stichting Custodian Agent OPC, registered in the Dutch Commercial Register under registration number 63904179 (hereinafter "**Stichting Custodian**").

9.3 Each Bondholder undertakes to exercise his/her rights against the Project Owner arising from the Issue Terms only in bundled form through the authorised representatives pursuant to Clause 9 and to make any declarations required for this purpose at the request of the authorised representatives pursuant to Clause 9.

9.4 The authorisations described above are irrevocable, except in the event of good cause. Good cause shall be deemed to exist in particular in the event of the insolvency of Stichting Custodian or in the event of a continued breach of duty with regard to the exercise or non-exercise of the authorisations pursuant to this Clause 9 following a warning notice by the Bondholder. In the event of revocation of the authorisations described above for good cause, the Bondholder undertakes, in the sense of a contract in favour of a third party (namely in favour of all other Bondholders), to assert the claims only uniformly together with the other Bondholders and to exercise the corresponding rights only uniformly together with the other Bondholders.

9.5 The Project Owner undertakes to provide information, declarations of intent, business-like actions and/or other communication to the Bondholder exclusively via Invesdor Collect.

10. Laying down the Issue Terms

10.1 For the recording of the Issue Terms as a durable electronic document, the Registrar shall store the information in a verifiable manner in such a way that it can be reproduced unchanged at any

time. It shall ensure that the integrity and authenticity of the stored information is also guaranteed in the long term and can be verified at any time.

- 10.2 The Registrar shall make the Issue Terms freely available on the internet at all times and in a manner that is easy to find using standard procedures.
- 10.3 Any changes to the access to the Issue Terms shall be announced in due time and in an appropriate manner.

11. Amendments to the Issue Terms, Change of the E-Securities Register, Joint Representative

- 11.1 The Registrar shall ensure that, without the consent of the Bondholders, amendments to the recorded Issue Terms are made only on the following basis, unless they are manifestly incorrect:
 - a. by law,
 - b. on the basis of a law,
 - c. on the basis of a legal transaction,
 - d. on the basis of a court decision, or
 - e. on the basis of an enforceable administrative act.
- 11.2 The Issue Terms may be amended by the Project Owner with the consent of the Bondholders on the basis of a majority resolution in accordance with § 5 SchVG. The same applies regarding the change of the Crypto Securities Register pursuant to § 22 eWpG. The voting procedure shall be governed by the provisions of Section 2 (Resolutions of the Bondholders) of the German Act on Bonds from Total Issues (Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen - SchVG), as amended from time to time, unless otherwise provided below. The Bondholders shall pass resolutions by a simple majority of the voting rights participating in the vote. Resolutions amending the material content of the Issue Terms, in particular in the cases of § 5 para. 3 numbers 1 to 9 SchVG, shall require a majority of at least 75% of the voting rights participating in the vote in order to become effective.
- 11.3 The resolutions shall be passed only by way of a vote without a meeting pursuant to § 18 SchVG. Each Bondholder shall participate in the voting of the Bondholders in accordance with the nominal value or arithmetical participation of his/her entitlement from the outstanding Bonds. The voting shall be conducted by the voting chairman. The voting chairman shall be the Joint Representative of the Bondholders, if he has called for the vote, or a person appointed by the court. § 9 para. 2 sentence 2 SchVG shall apply accordingly.
- 11.4 The call for a vote shall be made by the voting chairman with the involvement of the Registrar. The invitation to vote by the voting chairman shall regulate the further details of the passing of the resolution and the voting. The invitation to vote shall be sent by e-mail to the respective Bondholder at the e-mail address last notified by the Bondholder. With the invitation to vote, the Bondholders shall be informed of the items to be resolved, the proposals for resolutions and the voting procedure. The invitation to vote shall be made at least 14 calendar days before the beginning of the voting period. Notwithstanding § 12 (2) SchVG and § 17 SchVG, no public announcement of the convocation and/or the resolutions shall be made in the German "Bundesanzeiger". The voting chairman shall draw up minutes of the resolutions passed. The resolutions shall be announced to the respective Bondholders by electronic means.
- 11.5 Invesdor Collect and, in the event of insolvency of Invesdor Collect, Stichting Custodian shall be appointed as Joint Representative for all Bondholders ("**Joint Representative**") in accordance with § 7 SchVG, whereby Invesdor Collect and, in the event of insolvency of Invesdor Collect,

Stichting Custodian are entitled to appoint a third person to be named by these for this function at any time. The Joint Representative shall have the duties and powers granted to him by law or by the Bondholders by majority resolution. He shall follow the instructions of the Bondholders. Insofar as he is authorised to assert the rights of the Bondholders, the individual Bondholders are not authorised to assert these rights independently, unless the majority resolution expressly provides for this. The Joint Representative shall report to the Bondholders on his activities. Costs and expenses shall be borne by the Project Owner in accordance with § 7 para. 6 SchVG.

- 11.6** Amendments to the content of the Issue Terms in accordance with the above provisions shall only become effective upon filing with the Registrar (§ 5 eWpG). The changes must be traceable in the amended Issue Terms. For this purpose, the various versions shall be consecutively numbered and verifiably stored in a chronological record in such a way that they can be reproduced unchanged at any time. Resolutions of the Bondholders' meeting by which the content of the Issue Terms is amended or supplemented shall be executed in such a way that the Issue Terms to which the entry in the E-Securities Register refers and which are accessible at the Registrar are supplemented or amended. The date and time of the amendment or supplement shall be specified. For this purpose, the voting chairman shall transmit the content of the resolution documented in the minutes to the Registrar with the request to attach the submitted documents to the existing documents in an appropriate form. He shall assure the Registrar that the resolution may be executed.
- 11.7** The Project Owner is entitled to amend the technical terms of payment or other similar matters relating to the Bonds without the consent of the Bondholders, provided that such amendments do not adversely affect the economic situation of the Bondholders.

12. Governing law, Jurisdiction, Presentation deadline, Governing language

- 12.1** The form and content of the Bonds and all rights and obligations of the Bondholders and the Project Owner arising therefrom are governed by the laws of the Federal Republic of Germany.
- 12.2** The place of jurisdiction for all legal disputes arising from the legal relationship between the Bondholders and the Project Owner is the Project Owner's registered office. This agreement on the place of jurisdiction does not restrict a Bondholder's right to bring proceedings before another competent court. Nor does the initiation of proceedings before one or more other courts preclude the initiation of proceedings at another court, if and to the extent that this is legally permissible.
- 12.3** The presentation deadline for the Bonds is five years. If the Bonds are presented, the claim shall become time-barred two years after the end of the presentation period. If the Bonds are not presented, the claim shall lapse upon expiry of the presentation period. The presentation of a bond within the meaning of Section 801 of the German Civil Code (BGB) shall be effected by expressly demanding performance whilst providing prima facie evidence of entitlement.
- 12.4** In the event of the death of a Bondholder, the Bonds shall pass to his heirs. If there are several heirs, they must appoint a joint authorised representative vis-à-vis the Project Owner to exercise the rights arising from the Bonds. The heir(s) shall be obliged to prove their identity as heirs to the Project Owner without undue delay after the succession by submitting a certificate of inheritance or a proof of inheritance in accordance with § 35 of the German Land Register Act (GBO) as amended from time to time or a comparable foreign proof of inheritance. The costs for providing proof of inheritance shall be borne by the legal successor. Until the legitimisation of the heir(s) and the appointment of a joint representative in the case of several heirs, the rights arising from the Bonds shall be suspended and no payments shall be made.
- 12.5** These Issue Terms are drawn up in German. Only this German text is binding and authoritative.

Information for consumers

Pursuant to Section 246b of the Introductory Act to the German Civil Code (EGBGB), the following information must be provided to investors in respect of all distance contracts (contracts concluded using means of distance communication, e.g. by email, fax or the internet) and contracts concluded outside the Project Owner's business premises.

1.1. General corporate information about the Project Owner

The Project Owner is Cometum Direct Invest II GmbH & Co. KG, with its registered office at Lärchenstraße 4, 82166 Gräfelfing, represented by Cometum Asset Management GmbH and its Managing Director with sole power of representation, Sascha Miller.

Business address/address for service: Lärchenstraße 4, 82166 Gräfelfing.

Registered in the Commercial Register of the Local Court of Munich under No. HRA 122756.

The Project Owner's principal business activity is the holding and management of shares in companies, in its own name and for its own account.

The Project Owner is not subject to direct supervision by any authority.

1.2. Information about the investment

1.2.1 Key features of the investment and conclusion of the contract

The Project Owner is offering qualified subordinated bearer bonds, subject to a pre-insolvency enforcement bar, with a total nominal value of up to EUR 5,000,000, which are divided into up to 20,000 equal-ranking bonds, each with a nominal value of EUR 250.00.

The bonds are issued as e-securities by individual registration and will be entered into the e-securities register no later than 30 calendar days after the conclusion of the subscription agreement. The register is maintained by Smart Registry GmbH, Uhlandstraße 32, 10719 Berlin, Germany (Commercial Register of the Local Court (Amtsgericht) Charlottenburg, HRB 234468 B) ("Registrar"). No physical certificates will be issued. For custody, investors require a digital safe deposit box, which will be provided to them free of charge for self-custody by Tangany GmbH, Brienner Str. 53, 80333 Munich, Germany (Commercial Register Munich, HRB 246113), email: info@tangany.com.

The bonds give rise exclusively to contractual payment obligations of the Project Owner towards the investors; they do not confer any participation, involvement or voting rights.

The minimum subscription amount is EUR 250.00.

The bonds enable investors to participate in the performance of Oura Health Oy through a share in the capital gains. The Project Owner will use the paid-in bond capital - net of issuance costs - exclusively for the acquisition of the holding in Oura Health Oy and for the repayment of the bonds.

The bonds do not accrue interest on an ongoing basis. Subject to subordination and the pre-insolvency enforcement bar, the bonds will be repaid to the bondholder within one month of the end of the term at par value plus a variable profit share amounting to 100 % of the capital gain.

"Capital gain" means the proceeds accruing to the Project Owner as a result of the termination of the holding, less (a) the acquisition costs for the purchase of the holding, including all incidental acquisition costs, and (b) all costs, fees, taxes and duties incurred by the Project Owner, as well as other deductions arising from the termination of the holding.

"Holding" means a holding of shares in Oura Health Oy, Elektriikkatie 10 90590 Oulu, Finland. The Holding may be acquired directly by the Project Owner and/or indirectly through one or more investment companies in which the Project Owner has a stake.

"Termination of the Holding" means the sale of the Holding by the Project Owner or an investment company.

Intended transfers must be notified to Oneplanetcrowd International B.V., Mauritskade 63, 1092 AD, Amsterdam, the Netherlands ("OPC"), annually in November (for the first time in the year 2027); the period until the first transferability may be extended with the consent of OPC (investors will be informed accordingly). The transferor must demonstrate the legality of the transfer; the price will be determined by mutual agreement. A transfer is only permitted to persons with residence or registered office in the EU, provided that such

persons are not US citizens, are not subject to taxation in the United States and are not located in jurisdictions identified as high-risk by the FATF. Acquirers must open an investor account on the website of Invesdor INV AG, c/o Mindspace Germany GmbH, Umlandstraße 32, 10719 Berlin, Germany: <https://www.invesdor.com/> ("Platform"), provide their bank details and undergo identification in order to receive payments and information for payment monitoring purposes. Without successful identification, payment claims can no longer be enforced at the latest five years after the due date (subject to shorter statutory limitation periods). Pledging or assignment of the claims by way of security is prohibited. The transfer is effected exclusively by instruction to the Registrar to record the transfer in the e-securities register using the identifier (public key) of the digital safe deposit box. The Project Owner and the Registrar may restrict transfers to registered digital safe deposit boxes (whitelisting) or technically block transfers for justified reasons (e.g. suspicion of criminal offences) ("freezing"). Transfers outside the register are not permitted. There are no approval clauses, repurchase clauses or joint selling obligations.

The key details of the investment are set out in the Key Investment Information Sheet and the Project Owner's terms and conditions of the bonds.

In accordance with the terms and conditions of the bonds, the bonds constitute subordinated and unsecured liabilities of the Project Owner, which include a pre-insolvency enforcement bar. In the event of insolvency proceedings concerning the Project Owner's assets or in the event of the Project Owner's liquidation, the investor shall, pursuant to Sections 19(2) sentence 2, 39(2) of the Insolvency Code (InsO), the investor's claims for payment of the profit share, for repayment of the bonds, and all other payment claims arising from the bonds rank behind the claims within the meaning of Section 39(1) nos. 1 to 5 InsO. Claims arising from the bonds shall be satisfied only after these senior claims have been satisfied, but on an equal footing with claims arising from other subordinated investments issued by the Project Owner within the meaning of Section 39(2) of the Insolvency Code. All claims by investors arising from the bonds rank equally amongst themselves.

Outside insolvency proceedings concerning the Project Owner's assets and outside the Project Owner's liquidation, payments of profit shares and the repayment of the bond principal are excluded for as long and to the extent that these payments

- lead to the Project Owner's insolvency within the meaning of section 17 of the Insolvency Code (InsO) or to the Project Owner's over-indebtedness within the meaning of section 19 of the Insolvency Code (InsO), or
- the Project Owner is already insolvent within the meaning of section 17 of the Insolvency Code (InsO) or over-indebted within the meaning of section 19 of the Insolvency Code (InsO).

This provision is referred to as the pre-insolvency enforcement bar. Payments are also excluded if the satisfaction of the investor's payment claims would not, in itself, give rise to over-indebtedness within the meaning of section 19 of the Insolvency Code or insolvency within the meaning of section 17 of the Insolvency Code, whereas the sum of all claims against the Project Owner would.

The pre-insolvency enforcement bar results in a fundamental change in the nature of the capital contribution, from debt capital with an unconditional repayment obligation to an equity investment.

The pre-insolvency enforcement bar already applies to the period prior to the opening of insolvency proceedings. Consequently, the investor cannot demand fulfilment of their claims arising from the bonds even if the Project Owner is over-indebted or insolvent at the time of the investor's demand for performance, or is at risk of becoming so. The exclusion of these claims may apply for an indefinite period.

1.2.2 Special notes regarding the nature of the financial service

The investment offered is subject to specific risks. By investing in the subordinated bonds subject to a pre-insolvency enforcement bar, the investor assumes a risk that goes beyond the general insolvency default risk. For the investor, this means that the risk they assume may, in certain respects, even exceed the entrepreneurial risk of a shareholder. Due to the pre-insolvency enforcement bar, payment claims arising from the bonds may be permanently unenforceable even before the opening of insolvency proceedings, and the exclusion of these claims may have a permanent effect for an indefinite period. Consequently, this investment carries the risk of partial or even total loss of the capital invested and of profit shares not (yet) paid out.

The financial service does not relate to financial instruments whose price is dependent on fluctuations in the financial market.

1.2.3 Minimum term, contractual termination conditions, contractual penalties

The term of the bonds begins on 01.07.2026 and ends on 02.07.2029. The Project Owner is entitled, at its sole discretion, to extend the term up to two times by 12 months on each occasion, up to a maximum of

02.07.2031. The extension shall be effected by notice given at least one month before the end of the respective term.

The Project Owner is entitled, but not obliged, to call the bonds early, in whole or in part, and, subject to the subordination and the pre-insolvency enforcement bar, to repay the bondholders at par value if (i) the bond capital cannot be used for the acquisition of a Holding, which may in particular be the case if insufficient shares of Oura Health Oy are available, or (ii) if the Project Owner has received proceeds from the termination of a Holding.

The right of the Project Owner and/or the investors to terminate the agreement extraordinarily for good cause remains unaffected. No contractual penalty is provided for.

1.2.4 Total price, price components, taxes paid

The bonds are issued at 100% of the nominal amount of EUR 250.00 per bond.

Investors will incur the following fees, charges and other costs in connection with the subscription to the bond:

- Entry costs amounting to 2.66% p.a. of the nominal amount as a structuring fee for the Project Owner for the purchase of the Holding (of which 1.33 % p.a. is a brokerage fee for OPC); The entry costs are due for the first time upon acquisition of the Holding and are incurred for a minimum period of 3 years, regardless of the duration of the term.
- Additional costs related to acquiring the Holding of approximately 1 % p.a. are incurred for distribution partners, tipsters, brokers, asset managers who may manage the Holding, and for the technical implementation of the product. The additional costs incurred when acquiring the Holding are calculated based on the actual amount invested to acquire the Holding. The additional costs are estimated at 1 % p.a. but may be higher or lower depending on the individual transaction.
- Exit costs in the event of the Project Owner selling the Holding of 3.33 % p.a. will be charged on the proceeds from the sale of the Holding. These Exit costs not only cover the expenses associated with the sale but also serve as an incentive for Project Owner and its asset managers to achieve the highest possible return for investors. The Exit costs are charged regardless of the duration of the term – for a minimum period of 3 years, i.e., amounting to at least 10%.

The tax burden is borne by the investor in each case. The Project Owner does not undertake to pay taxes on behalf of the investor.

The subscription to the investment is exempt from VAT.

1.2.5 Additional costs incurred, as well as other taxes or costs that are not paid by the company or invoiced by it

In addition to the total investment amount, the investor pays OPC a transaction fee (“transaction costs”) of 1.5% (including VAT) of the total investment amount. Investors will not incur any additional fees, charges or other costs in connection with the brokerage service, the opening of a user account or a digital safe-deposit box.

The investor must bear their own costs for telephone, internet, postage and bank transfers, as well as for engaging tax advisers, solicitors, asset managers or other advisers. The amount of these costs cannot be specified as they are investor-specific and therefore vary.

Income (including any variable profit share) arising from the investment is generally subject to taxation. It is not possible to provide a precise, general statement applicable to all investors, as the amount of any tax payable depends on the individual circumstances of the respective investor (e.g. tax residence or specific tax characteristics) and may be subject to future changes. Investors are advised to seek qualified tax advice, at their own discretion, regarding the tax implications of acquiring, holding and disposing of the bonds. Any costs associated with such advice are to be borne by the investor.

1.2.6 Details of payment and performance, resolatory condition

Submission and acceptance of the offer: The subscription offer is submitted by opening a user account on the Platform and specifying the investment amount. After expiry of the subscription period, the Project Owner

selects offers in order to reach at least the minimum target amount and at most the maximum offer amount (in case of oversubscription up to 5,200,000.00 EUR). The Project Owner may reject offers without giving reasons. The acceptance declaration is transmitted by the crowdfunding service provider as messenger of declaration to the investor's email address provided during registration.

Oversubscription: During the subscription period oversubscriptions are accepted, provided that the total sum of subscription amounts to be paid out to the Project Owner after the expiry of the 14-day cancellation period does not exceed the maximum offer amount. The Project Owner may accept a subscription offer where the amount of that subscription offer, together with the amount of subscription offers submitted prior to that subscription offer in chronological order, exceeds the maximum offer amount. However, the respective subscription agreement shall be subject to the resolutive condition that, after expiry of the 14-day cancellation period, the amount of that subscription offer together with the amount of subscription offers submitted in chronological order prior to that subscription offer still exceeds the maximum offer amount. The offer will terminate earlier once the total amount of investment offers submitted reaches 5,200,000.00 EUR.

Further resolutive conditions: The respective subscription agreement is (in addition to the aforementioned resolutive condition) furthermore subject to the resolutive condition that within 14 calendar days from the conclusion of the agreement (or from acceptance):

- the subscription amount is not received in an escrow account opened by the Project Owner with a payment service provider authorised in the European Union,
- the identification required under anti-money laundering regulations fails,
- the required digital safe deposit box is not opened, or
- the minimum target amount is subsequently undershot due to the withdrawal of other subscribers.

Payments and identification may be made voluntarily in advance. In the event of non-acceptance or unwinding of the agreement, any paid amounts will be refunded promptly and without interest.

The bonds are issued as e-securities by individual registration and will be entered into the e-securities register no later than 30 calendar days after the conclusion of the subscription agreement.

1.2.7 Governing Law, Jurisdiction

The Project Owner, the investment agreement and the rights and obligations arising from the investment are governed by the laws of the Federal Republic of Germany.

The registered office of the company is agreed as the place of jurisdiction. However, this agreement does not restrict an investor's right to bring proceedings before another competent court. Nor does the initiation of proceedings before one or more other courts preclude the initiation of proceedings at another court, if and to the extent that this is legally permissible.

1.2.8 Limitation of the information

The validity of this information is not limited in time.

1.2.9 Language of the contract

The Key Investment Information Sheet pursuant to Article 23 of the ECSP-Regulation in conjunction with Annex I of the ECSP-Regulation, on the investment to be made, as well as the Investing GTC, shall be made available in the respective language required by the supervisory authority in the relevant Member State of the European Union in which OPC actively promotes its services, platform and the published investment propositions. Furthermore, the investment is offered only in German and English, and communication between the Project Owner and the investor shall take place in German or English for the duration of the investment.

1.2.10 Out-of-court complaint and redress procedures

Investors resident in Germany have the option, in the event of disputes arising from the application of the provisions of the German Civil Code relating to distance contracts for financial services, and without prejudice to the right to bring proceedings before the courts, to refer the matter to a private consumer arbitration body recognised by the Federal Office of Justice for such disputes, or to the arbitration body established at the Deutsche Bundesbank (Deutsche Bundesbank; Schlichtungsstelle, Postfach 10 06 02, D-60006

Frankfurt/Main; Telephone: 069 9566-33232, Fax: 069 709090-9901, Email: schlichtung@bundesbank.de; Website: www.bundesbank.de).

Investors resident in Austria may contact the Austrian Consumer Arbitration Board. It can be reached at: Schlichtung für Verbrauchergeschäfte Mariahilfer Straße 103/1/18 1060 Vienna Tel.: +43 (0)1 890 63 11 Fax.: +43 (0)1 890 63 11 99, Email: office@verbraucherschlichtung.at.

Investors resident in the Netherlands may contact the Financial Services Complaints Institute (Klachteninstituut Financiële Dienstverlening) ('Kifid'). The Kifid Institute is an independent complaints body for the financial sector. Further information can be found here: <https://www.kifid.nl>.

Investors residing in Finland may contact FINE (Finnish Financial Ombudsman Bureau), an independent dispute resolution body for consumers in the financial sector. Further information can be found here: <https://www.fine.fi/>.

In the aforementioned arbitration proceedings, the investor must confirm that they have not yet brought the matter before a court, an arbitration body or a conciliation body responsible for dispute resolution, nor have they entered into any out-of-court settlement.

The Project Owner is not obliged to participate in such mediation proceedings and is, in principle, unwilling to do so.

1.2.11 Existence of a guarantee fund or other compensation schemes

There is no deposit guarantee scheme, no guarantee fund and no compensation schemes.

1.2.12 EU Member State whose law governs the company

Federal Republic of Germany.

1.2.13 Cancellation policy

The investor may withdraw their subscription declaration. Please refer to **the next page** for the **cancellation policy**.

Cancellation policy or right of withdrawal policy

Section 1

Right of cancellation or withdrawal

You may **cancel your contractual declaration within 14 days without stating reasons by means of a clear declaration or withdraw from your contractual declaration within 14 days without stating reasons by means of a clear declaration**. The period begins after the conclusion of the contract and after you **have received** the contractual provisions, including the General Terms and Conditions, as well as **all the information listed below under section 2** on a durable data medium (e.g. letter, fax, e-mail). **To comply with the cancellation or withdrawal period, it is sufficient to send the cancellation or withdrawal in good time** if the declaration is made on a durable data medium. The revocation or withdrawal is to be sent to:

Oneplanetcrowd International B.V., Mauritskade 63, 1092 AD in Amsterdam, The Netherlands, e-mail: service@invesdor.com

Section 2

Information required for the start of the cancellation period or withdrawal period

The information within the meaning of section 1 sentence 2 shall include the following:

1. the identity of the project owner (hereinafter "**Company**"); the public business register with which the legal entity is registered and the associated register number or equivalent identifier must also be indicated;
2. the principal business activity of the company and the supervisory authority responsible for its authorisation;
3. the identity of the company's representatives in the Member State of the European Union where the consumer is resident, if there is such a representative, or of another person acting in a commercial capacity other than the company, if the consumer is dealing with that person, and the capacity in which that person is acting in relation to the consumer;
4. with regard to the address:
 - a) the address of the company and any other address relevant for the business relationship between the company and the consumer, in the case of legal persons, associations of persons or groups of persons also the name of the persons authorised to represent the company;
 - b) any other address relevant to the business relationship between the consumer and a representative of the company or a person acting in a commercial capacity other than the company, if the consumer has business dealings with that person; in the case of legal persons, associations of persons or groups of persons, also the name of the persons authorised to represent them;
5. the essential characteristics of the financial service and information on how the contract is concluded;
6. the total price of the financial service, including all related price components and all taxes paid by the company or, if no exact price can be given, its basis of calculation, which enables the consumer to check the price;
7. if applicable, any additional costs incurred as well as an indication of possible further taxes or costs that are not paid via or invoiced by the company;
8. the indication that the financial service relates to financial instruments which, because of their specific characteristics or the operations to be carried out, are subject to specific risks or whose price is subject to fluctuations in the financial market over which the company has no control and that past returns are not indicative of future returns;
9. a time limit on the period of validity of the information provided, for example the period of validity of limited offers, in particular with regard to price;

10. details regarding payment and performance;
11. the existence or non-existence of a right of cancellation or withdrawal as well as the conditions, details of the exercise, in particular the name and address of the person(s) to whom the cancellation or withdrawal is to be declared, and the legal consequences of the cancellation or withdrawal, including information on the amount which the consumer must pay for the service provided in the event of cancellation or withdrawal, insofar as he/she is obliged to pay compensation for lost value;
12. the minimum term of the contract, if this has a permanent or regularly recurring service as its content;
13. the contractual terms of termination including any contractual penalties;
14. the Member States of the European Union whose law the company uses as a basis for establishing relations with the consumer prior to the conclusion of the contract;
15. a contractual clause on the law applicable to the contract or on the competent court;
16. the languages in which the contractual terms and conditions and the prior information referred to in this withdrawal notice are communicated, as well as the languages in which the entrepreneur undertakes, with the consent of the consumer(s) to communicate during the term of this contract;
17. the indication whether the consumer can make use of an out-of-court complaint and appeal procedure to which the company is subject and, if so, its access requirements.

Section 3

Consequences of cancellation or withdrawal

In the event of an effective cancellation or withdrawal, **the services received by both parties shall be returned.** You are obliged to **pay compensation for the value of** the service provided until the cancellation or withdrawal if you were made aware of this legal consequence before submitting your contractual declaration and expressly agreed that we begin to perform the service in return before the end of the cancellation period or withdrawal period. If there is an obligation to pay compensation for lost value, this may mean that you still have to fulfil the contractual payment obligations for the period until the cancellation or withdrawal. **Your right of cancellation or withdrawal expires** prematurely if the contract has been **completely fulfilled by both parties at your express request** before you have exercised your right of cancellation or withdrawal. **Obligations to refund payments must be fulfilled within 30 days.** The period begins for you with the submission of your declaration of cancellation or withdrawal, for us with its receipt.

Special notes

Upon cancellation of this contract or withdrawal from this contract, you will also no longer be bound by a contract related to this contract if the related contract concerns a service provided by us or a third party on the basis of an agreement between us and the third party.

End of the cancellation or withdrawal policy